

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Donnerstag,
26. Juni 1879.

Inserate

sind an die Expedition in
Leipzig zu senden.

Inserationsgebühren

für die Spaltenzeile 20 Pf.

ersten Eingangs 20 Pf.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Telegraphische Depeschen.

* **Wien, 24. Juni.** Ihre Maj. die Kaiserin traf gestern Mittag von Koblenz zum Besuch Sr. Maj. des Kaisers hier ein. Zum Diner bei Sr. Maj. waren gestern der Oberpräsident v. Bardenheubert, der General v. Beyer, der Regierungspräsident v. Wurmb und der Bundescommissar v. Lepel geladen.

* **Wien, 24. Juni.** Gegenüber der Neuen Freien Presse ist die Politische Correspondenz zu der Erklärung autorisiert, daß in der ägyptischen Frage eine österreichische Note nicht existiere. Alles, was seitens Oesterreich-Ungarns in dieser Angelegenheit geschehen, beschränke sich auf die einfache Mittheilung des Beitritts Oesterreich-Ungarns zu den Schritten Englands und Frankreichs in Aegypten. — Die vom londoner Standard gebrachte Nachricht von einem Schlaganfall des österreichisch-ungarischen Botschafters in Petersburg Baron v. Langenau wird von der Politischen Correspondenz als erfunden bezeichnet. — Aus Belgrad wird der Politischen Correspondenz gemeldet: „Christic hat den ihm angebotenen Posten eines Gesandten in Wien aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Der Minister des Inneren Mikoljowic soll nunmehr die meisten Aussichten auf diesen Posten haben. Die serbische Regierung hat die Absicht ausgegeben, sich bei der Ankunft des Fürsten von Bulgarien in Sofia durch einen besondern Repräsentanten vertreten zu lassen. Der provisorische Handelsvertrag zwischen Serbien und Frankreich ist unterzeichnet worden.“

* **Bern, 24. Juni.** Der Bundesrath hat die Bestellung eines in erster Stelle einzutragenden Pfandrechts an sämtlichen Linien der Bahn wegen der am 12. Febr. 1878 zwischen der Gotthardbahn und einem Finanzconsortium abgeschlossenen Anleihe von 74 Mill. bewilligt.

* **Kom, 23. Juni.** Der Senat beriet heute über die Maßsteuer. Der Finanzminister bekämpfte die Anträge des Berichterstatters und wies nach, daß die Voranschläge des Ministeriums begründet seien. Der Berichterstatter hielt seine Berechnungen aufrecht. Ministerpräsident Depretis besprach die Frage der Kompetenz des Senats in Bezug auf eine wesentliche Abänderung der von der Kammer votirten Steuergeetze und erklärte, daß er vor der Eventualität eines Conflicts zwischen dem Senat und der Kammer jurdische und die Ablehnung des Entwurfes den gemachten Modificationen vortzöge. Der Deputierte Serra beantragte eine Tagesordnung, in welcher die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf betreffs Abschaffung der Maßsteuer vor dem Jahre 1883 vorzulegen. Der Ministerpräsident Depretis sprach sich bestimmt gegen diese Tagesordnung aus, die er ablehnen müsse. Die Berathung wurde dann auf morgen vertagt.

* **Paris, 23. Juni.** Ueber Prinz Jérôme's Ansichten herrscht noch immer Unklarheit, doch erzählte

man heute in Versailles, daß er nicht als Präsident auftreten würde und auch für seinen Sohn die Erbschaft des kaiserlichen Prinzen zurückweise, daß er vielmehr aus seinen Wünschen für den Bestand der Republik kein Hehl mache. Trotz der Bestimmtheit, mit welcher diese Nachrichten verbreitet werden, dürften sie noch der Bestätigung bedürfen; jedenfalls sieht vor Rouher's Rückkehr nichts Entscheidendes zu erwarten. — Janvier La Motte (Sohn) hat sich bereits bei der Union republicaine einschreiben lassen, der Uebertritt anderer bonapartistischer Deputirten steht bevor. (*Post.)

* **Paris, 24. Juni nachmittags.** Nach hier eingegangenen Nachrichten hat Rouher seine Abreise von London verschoben und trifft erst Donnerstag hier ein. Ueber das angeblich vom Prinzen Louis Napoleon hinterlassene Testament ist bis jetzt Näheres noch immer nicht bekannt, man will wissen, daß ein Testament vorhanden sei, daß dasselbe aber keinerlei politischen Charakter habe.

* **London, 24. Juni.** Die Königin hat der Kaiserin Eugenie einen Beileidsbesuch abgestattet. In dem Zustande der Kaiserin ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Rouher hat Chislehurst wieder verlassen. — Daily News erfahren, die Führer der Opposition hätten beschlossen, die ägyptische Frage zum Gegenstand einer Debatte im Unterhause zu machen.

* **Petersburg, 24. Juni.** Ein Telegramm des Gouverneurs von Eberon vom 23. Juni meldet, daß die Felder der am Strande liegenden Dörfer Koblenka und Abschakla von enormen Massen durch die Meereswellen an das Ufer geschleudeter Kornkäfer bedeckt sind. Es sind Maßregeln ergriffen, um die Käfer auszurotten.

Vom Deutschen Reichstage.

* **Berlin, 24. Juni.** Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen; 11 weitere Urlaubsgesetze werden genehmigt. In die Tabaksteuercommission ist an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Frhrn. Nordde zur Rabenau der Abg. Stälin gewählt worden.

Nachdem zunächst in dritter Lesung der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen brennlichen Gebietszonen unverändert ohne Discussion definitiv genehmigt worden ist, geht das Haus zur Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs über.

Die Berathung beginnt in der Pos. 26: Del und Fette, mit der Unterabtheilung a 4: Flüssiges Del (mit Ausnahme der Speiseöle) in Fässern ... 100 Kilogramm 4 M.

Abg. Dr. Delbrück will das Wort „flüssiges“ streichen.

Nach kurzer Befürwortung des Antrags wird derselbe angenommen, die Position im übrigen unverändert genehmigt.

Pos. 26 a setzt für festes Palm- und Cocosnußöl 2 M. Zoll pro Doppelcentner fest. Abg. Dr. Delbrück beantragt, das Wort „festes“ zu streichen und hinzuzufügen „Palmkernöl“. Die Abg. Dr. Karsten, Wöllmer und Sonnemann wollen nur das feste Palmöl mit 2 M. belegen, Cocosnußöl dagegen frei einlassen. Endlich beantragt Abg. Berger-Witten, hinter 26 a 5 einzuschalten: „Palmöl, zur Fabrication bestimmt, unter zollamtlicher Controle ... frei.“

Abg. Sonnemann: Die in Rede stehende Position des Zolltarifs verstoßt gegen das Schutzollprincip insofern, als hiernach Rohstoffe, die im Inlande nicht erzeugt und zur Fabrication eingeführt werden, frei eingehen sollen. Auch der französische Tarif unterwirft das Cocosnußöl keinem Zoll. Redner bittet demnach, seinen Antrag anzunehmen.

Abg. Berger: Mein Antrag ist nur eine Consequenz des Tarifs selbst, der das Olivenöl, welches zur Rothfärberei unentbehrlich ist, frei eingehen läßt. Für eine Anzahl wichtiger Fabricationszweige, insbesondere für die Stearinfabrication, ist das Palmöl gleichfalls unentbehrlich und darf demnach ein Zoll auf dieses Rohmaterial nicht gelegt werden. Eben- dahin geht der einmüthige Wunsch der deutschen Stearin- fabricanten.

Bundescommissar Geheimrath Nothe: Es empfiehlt sich, beide Anträge anzunehmen oder beide abzulehnen, doch würde ich dem letztern Auswege noch den Vorzug geben.

Abg. Dr. Delbrück: Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen; seine Annahme wäre lediglich eine Consequenz der Beschlüsse zu a 4.

Abg. v. Kardorff bittet, die beiden Anträge Berger und Sonnemann abzulehnen, und zwar namentlich im Interesse der Landwirtschaft.

Unter Ablehnung sämtlicher Anträge (des Antrags Delbrück mit 127 gegen 103 Stimmen) wird die Position genehmigt.

Pos. 26 b: Kläffstoffe, feste, von der Fabrication fetter Oele, auch gemahlen ... frei, wird ohne Debatte angenommen.

Nach Pos. 26 c sollen belegt werden: 1) Schmalz von Schweinen und Gänzen mit 10 M. pro 100 Kilogramm; 2) Stearin, Palmitin, Paraffin, Wachs, Bienenwachs mit 6 M.; 3) Fischspeck, Fischthran mit 3 M.; 4) anderes Thierfett mit 2 M.

Die Abg. Väre und Genossen beantragen hierzu Stearin mit 10 M. statt mit 6 M. zu tarifiren; die Abg. Dr. Simonis, Rabl und die übrigen reichs- ländischen Protektoren beantragen, in 26 c hinter „Wachs“ einzuschalten: „Abfall-, Stumpen- und Tropfwachs“. Zu 26 c 1 beantragen die Abg. Richter-Hagen und Dr. Lasker: „Schmalz von Schweinen und Gänzen ... frei.“

Abg. Richter-Hagen: Bei Gelegenheit seiner Rede für die Einführung seiner Getreidezölle verneinte der Herr Reichskanzler, daß Kinderfett befreit werde; dies ist aber doch der Fall. Daß das Schweineschmalz theurer wird, ist schon zu beklagen, aber das Kinderfett wird außer zu andern Zwecken auch gebraucht zur Vermischung mit Schweineschmalz, besonders mit ame-

Die Ausgrabungen zu Olympia.

Aus Olympia vom 28. Mai ging dem Deutschen Reichs-Anzeiger folgender Bericht des Hrn. W. Dörpfeld zu:

Die während der letzten Monate ausgeführten Grabungen haben uns drei Bauwerke geliefert, welche speciell für die Topographie Olympias, aber auch im allgemeinen für die Geschichte der griechischen Baukunst von einschneidender Bedeutung sind. Im Nordwesten der Altis wurden umfangreiche Reste des alten griechischen Prytanions ausgebeutet; im Südosten fanden wir den Unterbau eines großen Triumphbogens, des römischen Festtores zum heiligen Deyrle; das bedeutendste und zugleich interessanteste Bauwerk aber entdeckten wir im Süden der Altis, nämlich das Bulenterrion (Rathhaus) der Aler.

Die Planbildung eines antiken Rathhauses war bisher völlig unbekannt. Zwei mit runden Apfeln ausgestattete oblonge Gebäude schließen einen quadratischen Mittelbau ein und bilden so eine ganz symmetrische Gruppe. Vor die drei Bauten legt sich im Osten eine gemeinsame Vorhalle, welche den einheitlichen Zweck der ganzen Anlage bezeugt. Daß wir hier in der That das Bulenterrion gefunden haben, geht aus mehreren Stellen des Pausanias mit Sicherheit hervor. Bei der Aufzählung der in Olympia aufgestellten Standbilder erwähnt er nämlich „an dem Wege vom Bulenterrion zum großen Tempel“ mehrere Statuen, deren Platz wir aus den aufgefundenen Inschriften kennen. Sie stehen vor der Ostfront des Neutempels, nicht weit von dem Rathhause.

Von dem quadratischen Mittelbau sind nur noch Theile der Umfassungswand und im Innern das Fundament einer Säule vorhanden, welche die Dede des 40 olympische Fuß weiten Saales stützte.

Besser erhalten und bei weitem wichtiger sind die beiden Flügelbauten. Der Grundriß des nördlichen bildet ein Rechteck (13,50 x 24 Meter), an das sich im Westen eine halbkreisförmige Apfeln von ebenfalls 13,50 Meter Durchmesser anschließt. Die Umfassungswände sind massive Quader-

mauern, nur an der Ostfront bildeten drei dorische Säulen zwischen zwei Eck-Apeln vier breite Eingänge. Auf den Säulen und der Umfassungswand lag ein alterthümliches dorisches Gebälk, dessen regulae nur flach, dessen vasa gar keine Tropfen haben. Triglyphen, Gesa und Antependien zeigen noch intensive rothe und blaue Farbenreste, Reste der früheren Bemalung.

Im Innern ist durch eine Quermwand die Apfeln von dem oblongen Hauptsaale abgetrennt; eine zweite Wand scheidet die Apfeln in zwei Quadranten getheilt zu haben. Der große Saal, genau doppelt so lang als breit, wird durch eine mittlere Stützenstellung in zwei Schiffe eingetheilt. Die Apfeln kommt also als architektonisches Innenmotiv nicht zur Geltung, sondern wirkt architektonisch nur im Außern.

Genau dieselbe Grundrißbildung, auch fast dieselben Dimensionen zeigt das südliche Gebäude; nur darin unterscheidet es sich von dem nördlichen, daß der Hauptsaal kein genaues Rechteck ist, sondern daß seine Breite von 11,02 Meter im Osten in der Mitte auf 11,07 Meter steigt und im Westen auf 10,92 Meter herabsinkt. Die Ausgleichung der verschiedenen Breiten findet in kontinuierlicher Curve statt, so daß ein allmählicher Uebergang zu der ellipsenförmigen Apfeln vorhanden ist.

Auf diese Weise hat das ganze Gebäude die Gestalt einer Ellipse erhalten, von deren großer Achse durch die Ostfront etwa ein Viertel abgeschnitten wird; durch den westlichen Brennpunkt dieser Ellipse geht die Wand, welche die Apfeln vom Hauptsaale scheidet.

Den Einwand, daß sich die Curven etwa im Laufe der Zeit aus ursprünglich geraden Linien von selbst gebildet haben könnten, widerlegt aufs Schlagendste einerseits die große Differenz der Maße bei einer im übrigen sehr sorgfältigen Ausführung des Gebäudes und andererseits die Richtung der Stützen und die Form der Quadern.

Ein zweites Beispiel für eine solche Verwendung der ellipsischen Grundrißform kennt weder die Baugeschichte Griechenlands noch die aller übrigen Länder.

Auch für die vielbesprochene Thatsache der vertikalen Krümmung aller Horizontale bei manchen griechischen Bau-

werken hat das Bulenterrion neues Beweismaterial geliefert, da genaue Höhenmessungen gezeigt haben, daß sich sowohl die Stufen als auch die Lagerungen der Umfassungswände nach den Ecken des Gebäudes senken.

Ueber die Zeit der Erbauung geben uns nicht nur die Kunstformen der Säulen, Anten und Gebälke, sondern auch mehrere aufgefundenen Steinmetzzeichen vollen Aufschluß; die beiden Flügelbauten gehören wahrscheinlich der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. Chr. an, derselben Periode, welcher wir den Neutempel verdanken. Der Mittelbau sowie die ionische Vorhalle scheinen erst später erbaut worden zu sein.

Die große Bedeutung der Planbildung des Bulenterrions — zweischiffiger Hauptraum mit runder Apfeln — für die gesammte Architekturgeschichte ist, liegt auf der Hand: das Grundschema so vieler römischen Gebäude, der Urtypus der altchristlichen Kirchengebäude, tritt hier zum ersten mal auf. Dieser typische Grundriß ist also keine Erfindung der Römer, sondern war schon zur Zeit der Perserkriege in Griechenland oder bald darauf üblich.

Das olympische Bulenterrion wurde in römischer Zeit umfassenden Umbauten unterzogen; die ionische Halle wurde abgebrochen und an ihrer Stelle ein großer Säulenhof errichtet, welcher die ganze 40 Meter lange Front der gruppirten Bauanlage einnahm. Im Innern des Hofes fanden wir einen runden Altar aus Poros und zwei antike Brunnen.

In byzantinischer Zeit wurden die prächtigen Gebäude des Bulenterrions abgebrochen und alle Säulen, Quadern, Architrave, Triglyphen und Gesa zum Bau einer Befestigungsmauer verwendet. Nur diesem Umstande verdanken wir die glückliche Erhaltung so vieler wichtiger Bauwerke mit ihrem interessanten Farbenschmuck.

Die Nordmauer des Hofes vor dem Bulenterrion bildet gleichzeitig die südliche Grenzmauer der Altis. Als wir bei den Grabungen diese Mauer nach Osten verfolgten, stiegen wir auf einen großen Unterbau aus Marmor und Kalkstein; wir erkannten darin die Reste eines Triumphbogens mit drei Thoren, welcher in spätrömischer Zeit als Festeingangsthor erbaut worden ist. Hier betraten die Fest-

Manischem. Das inländische Bedürfnis nach Schmalz ist unumgänglich durch die inländische Schweinezucht zu befriedigen. Wir haben nach der Zählung im Inlande nur 7 Mill. Schweine, davon werden jährlich circa 3 Mill. geschlachtet. Es ist doch unumgänglich, daß von diesen geschlachteten Schweinen das Schmalz gewonnen wird, das als notwendiges Nahrungsmittel für den armen Mann erforderlich ist. Es ist sehr traurig und im höchsten Grade beklagenswerth, daß so die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert werden. Sehr richtig bemerkt dies auch unser früherer Colleague Dr. Jörg, welcher mit Recht hervorhebt, daß vielleicht einigen Grundbesitzern durch landwirtschaftliche Schutzzölle gebietet sein mag, aber im großen und ganzen wird das Volk dadurch geschädigt. Das möchte ich auch dem Centrum gegenüber bemerken, dem, wenn es auch im übrigen verzeihen hat, was es früher zu vertreten vorgab, diese Stimme doch noch etwas gelten wird. Gerade der arme Mann, der Arbeiter, muß das Schmalz nothwendig haben und ihm gerade, dem Armen, wird seine Nahrung vertheuert, ihm wird eine Mehrbelastung auferlegt, welche jährlich allein so viel beträgt wie die ganze Klassensteuer. An den Erlaß derselben ist dabei lange nicht zu denken. Man kann eben nicht anders sagen, als daß der arme Mann belastet wird zum Vortheile des Kapitalisten. Und wir sind gezwungen, uns dagegen auszusprechen, wir müssen für den armen Mann gegen den reichen eintreten. Der Zoll auf die nothwendigen Lebensmittel ist ein culturfeindlicher. Wir müssen die billige Zufuhr für die vielen armen Leute aufrecht erhalten, und wenn für diese Leute im Vaterlande das Brot und die unentbehrlichen Lebensmittel zu theuer werden, dann wird die Auswanderung in hohem Grade zunehmen. Das muß die unmittelbare Folge der wirtschaftlichen Reaction sein. Den ersten verhängnisvollen Schritt haben Sie gethan, als Sie die Getreidezölle beschlossen, ich warne Sie jetzt vor dem zweiten Schritte, folgen Sie nicht dem eminent culturfeindlichen Princip, welches sich in diesem Zoll documentirt.

Commissarius des Bundesrathes, Geh. Oberregierungs-rath Kothe:

Ob und in welchem Grade der Consument die Steuer tragen wird, ist doch nicht so sicher zu sagen, wie der Herr Berichterstatter meint. Bei Schmalz wird wol der Consument in erheblichem Grade den Zoll tragen müssen. Indessen ist zu berücksichtigen, daß nicht nur Schweine-, sondern auch Gänsefett vertheuert wird. Was den Verbrauch anlangt, so beträgt die Fettmengen des Menschen im Durchschnitt jährlich 9 1/2 Kilogramm. Die Preise für Schmalz variirten nun so, daß im Jahre 1874 der Centner 60, im Jahre 1877 50, 1879 40 und das amerikanische Schmalz sogar nur 35-37 M. kostete. Wenn nun auf 100 Kilogramm ein Zoll von 10 M. gelegt wird, so macht das pro Kopf noch lange nicht so viel, als die Preisdifferenz innerhalb dreier oder zweier Jahre beträgt. Daß aber die Schweinezucht zurückgegangen ist, kann kein Mensch leugnen, und dies ist lediglich die Folge des kolossalen Imports aus Amerika. Allein im vergangenen Winter wurden im Westen Amerikas 7 1/2 Mill. Schweine zur Verpackung geschlachtet, d. h. mehr als wir überhaupt in Deutschland haben. Gerade für den kleinen Mann ist es aber wichtig, sich ein oder mehrere Schweine anzusehen zu können, um sie nachher vortheilhaft zu verkaufen, und gerade im Interesse des kleinen Mannes bitte ich Sie, den von den verbündeten Regierungen proponirten Zoll anzunehmen.

Abg. Graf Stolberg-Bernigerode-Rastenburg: Wenn es gelänge — und das sei der Hauptzweck des neuen Zolltarifs — dem armen Manne Arbeit und guten Lohn zu verschaffen, dann könne derselbe auch ohne schwere Schädigung einige Pfennige mehr für Schmalz ausgeben.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alt: Die Sicherheit, mit welcher der Abg. Richter soeben geurtheilt hat, nöthigt mich zu einigen Worten der Entgegnung; ich muß aber, obwohl ich die landwirtschaftlichen Verhältnisse der westlichen Provinzen vielleicht besser zu kennen glaube als der Abg. Richter, doch alle meine angelegene Sicherheit zusammennehmen eben dieser seiner Sicherheit des Urtheils wegen. (Weiterkeit.) Daß der Abg. Richter bei jeder Gelegenheit einen Angriff auf das Centrum macht, wundert mich nicht, ich glaube, daß wir ihm unbecquem sind, und das freut mich. Als wir für die

höchsten Freiheitsrechte eintraten, war die Fortschrittspartei nicht mit uns, sie stellte nur unsichere Deerespflichtige. Uebrigens wird Dr. Richter künftighin nicht mehr Richter-Hagen heißen. Es ist ganz unrichtig, wenn Abg. Richter meint, nur arme Leute äßen Schmalz; ich gebreie ja nicht gerade zu den reichen oder besonders wohlhabenden Männern, aber ich kann sagen, ich esse sogar gern Schmalz. Auf den Bericht der bielefelder Handelskammer, den der Abg. Richter citirt hat, gebe ich nicht viel; sie wird sich gewiß gegen die Zölle erklären, weil der Handel bei der Einfuhr amerikanischer Schweine ja bedeutend gewinnt. Aber wir wollen mit einem System brechen, das seit Jahren in der Gesetzgebung galt und den Handel sehr zum Nachtheil der landwirtschaftlichen Production begünstigte. Ich halte den vorgeschlagenen Zoll für durchaus nöthig, denn thatsächlich hat der amerikanische Import unsere Landwirtschaft auf das schwerste geschädigt. Gerade aber die kleinen und kleinsten Landwirthe werden dadurch getroffen. Ich bitte deshalb, den Regierungsvorschlag anzunehmen.

Abg. Dr. Bessler: Er sei im Princip Freihändler und könne auf nothwendige Lebensmittel keinen Zoll bewilligen. Eine Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft sei ja gewiß ein erstrebenswerthes Ziel, es werde sich dasselbe aber nicht erreichen lassen durch Vertheuerung der Lebensmittel. Die große Einfuhr amerikanischer Fleischwaaren geschehe, weil damit dem armen Manne gesunde und schmackhafte Nahrung zugeführt werde, und damit entsetze sich die deutsche Landwirtschaft kein nennenswerther Schaden. Jedenfalls stehe der Schaden, den die Landwirtschaft durch diese Einfuhr leide, in keinem Verhältnisse zu dem Nutzen, den die Einfuhr für die weitesten Kreise habe.

Die Discussion wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter-Hagen: Dem Abg. Frhr. v. Schorlemer will ich nur entgegen, daß meine Wiederwahl im Kreise Hagen doch nicht von ihm abhängt, und daß meine Stellung in den wirtschaftlichen Fragen, besonders zu den Eisenzöllen, dazu beitragen wird, meine Ansichten im Wahlkreise Hagen zu befestigen. Dr. v. Schorlemer wird das nicht ändern können.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alt: Ob es von mir abhängen wird, daß Dr. Richter wiedergewählt wird oder nicht, das weiß ich nicht. Das letzte mal hat es von mir abgehungen. (Große, anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Richter-Hagen: Ja, das ist gerade so richtig wie, daß die Wahl des Abg. Roufang in Mainz den Socialdemokraten zu danken ist. Die Herren (zum Centrum) haben mich gewählt, weil sie mich wählen mußten, sonst hätten sie einen schlimmeren Abgeordneten bekommen. Ich war eben von zwei Uebeln das kleinere. (Weiterkeit.) (Unmittelbar nach diesen persönlichen Bemerkungen begibt sich Abg. Richter zum Abg. v. Schorlemer und unterhält sich mit ihm angelegentlichst unter großer Heiterkeit des Hauses.)

In der folgenden Abstimmung, die eine namentliche ist, wird die Regierungsvorlage ad c 1 mit 184 gegen 79 Stimmen angenommen, womit der Antrag Richter erledigt ist.

Die Debatte wird nun über c 2, 3 und 4 nebst den dazu vorliegenden Anträgen eröffnet.

Abg. Dr. Simonis vertheidigt seinen Antrag, die Wachsabfälle mit einem Zoll von 6 M. zu belegen, während die Vorlage sie als Abfälle frei eingehen läßt.

Geh. Oberregierungs-rath Kothe gibt dem Hause anheim, ob es dem Antrage Simonis Folge geben will.

Abg. Härle befürwortet ein Amendement, wonach der Zoll auf Stearin von 3 auf 10 M. erhöht werden soll.

Bundescommissar Geheimrath Kothe: Er bitte, den Antrag Härle abzulehnen. Das Verhältniß der von der Regierung vorgeschlagenen Zollsätze auf rohes und auf verarbeitetes Material sei wohl bedacht und beruhe auf sorgfältigster Prüfung der Bedürfnisse der Industrie.

Abg. v. Böttcher-Flensburg bittet, den Antrag Simonis und Genossen abzulehnen.

Der Antrag Simonis wird zurückgezogen, der Antrag Härle mit großer Majorität angenommen, desgleichen die Pos. 26 c, 2, 3, 4 der Vorlage.

Pos. 23: Richte pro 100 Kilogramm 15 M., wird ohne Debatte genehmigt, ebenso Pos. 28: Pelzwert (Kärschnerarbeiten):

a) Ueberzogene Pelze, Mützen, Handschuhe, gefütterte Decken, Pelzfutter, Besätze zc. 150 M.; b) fertige, nicht überzogene Schafpelze, desgleichen weigemaichte und gefärbte, nicht gefärbte Angora- oder Schafpelze, ungefüllte Decken, Pelzfutter und Besätze 6 M. pro 100 Kilogramm.

Es folgt Pos. 31: Seife und Parfümerien:

a) Schmierseife 5 M.; b) feste Seife, soweit sie nicht unter c fällt, 10 M.; c) Seife in Tüpfeln, Kugeln, Bäckchen, Krügen, Töpfen zc., parfümirte Seife aller Art 30 M.; d) Parfümerien aller Art 100 M.

Die Abg. Dr. Stephani und Möring beantragen eine Theilung der Pos. 31 d:

a) Parfümerien aller Art, d. h. verkaufsfertige Parfümerien, als alkoholhaltige Extracte, Pomaden, Haarsalbe, Schönheitsmittel in Töpfen, Tiegeln, Stangen, Gläsern, Schachteln zc. 100 Kilogramm ... 100 M.; e) wohlfriechende Fette, fette Oele, wohlfriechende, nicht alkoholartige Wasser in Umhüllungen, nicht unter 10 Kilogramm ... 20 M. per 100 Kilogramm.

Bundescommissar Geheimrath Kothe erklärt sich gegen das Amendement:

Es handle sich wesentlich um den Schutz der heimischen Industrie, und daß man in Deutschland ebenso vorzügliche Parfümerien herstellen kann wie in Frankreich, beweist uns augenblicklich die Berliner Gewerbeausstellung, welche in Blumenextracten Außerordentliches bietet.

Der Antrag Stephani wird darauf angenommen, desgleichen die Ansätze der Pos. 31.

Pos. 32: Spielkarten, neben der innern Abgabe ... 60 M. für 100 Kilo brutto, wird ohne Debatte genehmigt.

Pos. 33: Steine und Steinwaaren:

a) Steine, rohe oder bloß behauene, Flintensteine, Mählsleine, auch mit eisernen Reisen, Schleif- und Wegsteine aller Art, grobe Steinbearbeitungen, z. B. Thür- und Fensterböcke, Säulen und Säulenbestandtheile, Rinnen, Röhren, Tröge zc. ungeschliffen, mit Ausnahme der Arbeiten aus Marmor und Marmor, Schuffer (Knicker) aus Marmor zc. frei; b) Dachschiefer und Schieferplatten 20 Pf. pro 100 Kilogramm; c) Edelsteine, auch nachgeahmte, und Juwelen, bearbeitet, Perlen, alle diese Waaren ohne Fassung, bearbeitete Halbedelsteine und Waaren daraus, 60 M.; d) andere Waaren aus Steinen mit Ausnahme der Statuen: 1) außer Verbindung mit andern Materialien oder nur in Verbindung mit Holz oder Eisen ohne Politur und Lack, Schiefertafeln in Holzrahmen, auch lackirten oder polirten ... 3 M.; 2) in Verbindung mit andern Materialien, soweit sie nicht unter Nr. 20 (Kurzwaaren) fallen ... 24 M.

Zu dieser Position liegen mehrere Abänderungsanträge vor. Die Abg. Dr. Lieber, Dr. Frhr. v. Herling, Frhr. v. Wendt und Dr. Frege beantragen: 1) die Lit. b in folgender Fassung anzunehmen: b) Dachschiefer 100 Kilogramm 50 Pf.; 2) in Lit. d unter Ziffer 1 vor dem Worte „Schiefertafeln“ einzuschließen Schieferplatten ... 100 Kilogramm 3 M.

Die elsass-lothringischen Abg. Schneegans und Genossen wollen 33 d, 1 noch einbegreifen: Marmor, Granit zc. in gesägten Platten.

züge den heiligen Bezirk. Geradeaus führte der Weg an der Ostfront des Jenseitstempels vorüber zum großen Altar; an der rechten Seite dieses Weges stand die 99 Meter lange Chorschalle, an deren Stufen wir schon 23 Basen für Widdergeschenke oder Standbilder ausgegraben haben. Ebenso reich mit Statuenbasen ist ein zweiter Weg besetzt, welcher von dem Festthore an der Südfront des Jenseitstempels vorüber zum westlichen Eingange des heiligen Bezirks führte; auch diese Straße haben wir jetzt vollständig freigelegt. In der Nordwestecke der Altis, in der Nähe des Peraitons und Philippions, hatten wir schon im November ein Gebäude ausgegraben, welches nach der Beschreibung des Pausanias das Prytaneion der Eleer war. Allerdings ergab eine genaue Untersuchung, daß sämtliche Mauern und Mosaikfußböden erst aus römischer Zeit stammen, daß also das griechische Prytaneion einem totalen Umbau unterzogen worden ist. Um festzustellen, ob noch Reste des älteren griechischen Baues vorhanden wären, durchgraben wir an mehreren Stellen den römischen Fußboden und untersuchten die unter demselben befindlichen Erdschichten. Das Resultat dieser Grabungen war über Erwarten günstig, nicht nur eine große Menge altgriechischer Capitalen wurde aufgefunden, sondern auch zahlreiche gut erhaltene Mauerzüge aus sauber bearbeiteten Porosquadern sind freigelegt worden, welche in ihrer Gesamtheit uns jetzt noch ein deutliches Bild des griechischen Prytaneions liefern. Um einen innern Hof liegen mehrere Gemächer, von denen eins (20 x 5 Meter) noch ziemlich gut erhalten ist. Eine Säulenstellung öffnete diesen Saal nach dem Hofe und gestattete so einen Ausblick auf den wahrscheinlich in der Mitte des Hofes befindlichen Atrienaltar der Hestia. Von diesem Altar selbst ist zwar nichts mehr gefunden worden, aber die Fundamente der Kapelle, welche nach Pausanias' Beschreibung den Altar umgab, ist noch erhalten.

Ob das aufgefunden Gemach der Speisesaal war, in welchem nach altem Brauche die olympischen Sieger nach den Festspielen bewirthet wurden, ist noch nicht entschieden, da die Grabungen am Prytaneion noch nicht beendet sind.

In dem Schriftchen „Gelehrsamkeit oder Bildung? Versuch einer Lösung der Gymnasium- und Realschulfrage von Dr. Hermann Fechner, Gymnasialoberlehrer“ (Dresden, Wilhelm Köbner) ist wieder ein neuer Versuch gemacht (der wievielste wol?), zwischen Humanismus und Realismus, Gymnasium und Realschule zu vermitteln. Der Verfasser sucht nachzuweisen, daß das Ziel der höhern Schulen nur die „Bildung“ sei. Nur durch sie könnten die auf den höhern Schulen vorbereiteten in Wirklichkeit den durch das Leben und den wissenschaftlichen Beruf an sie gestellten Anforderungen genügen. Das Wesentliche der Bildung nun sieht er in der „harmonischen Ausbildung des Geistes“, weswegen er die Zweitheilung des Bildungsweges in realistische und humanistische Anstalten bekämpft. Nur eine einzige Art der höhern Schulen sei nöthig und statthaft, und zwar ein „modificirtes Gymnasium“ oder „Reformgymnasium“. Zur Erzeugung einer idealen Bestimmung sei die Kenntniß der griechischen Autoren nicht nur das zweckmäßigste Mittel, sondern geradezu unentbehrlich. Die Realschulen könnten deshalb dem Bildungszweck nur unvollständig genügen. Aber ebenso wendet er sich gegen den übertriebenen Formalismus der Gymnasien und wünscht ihn auf dasjenige Terrain zu beschränken, auf dem er seine Kraft entfalten könne, nämlich auf Latein und Mathematik. Indem er den Lateinunterricht im wesentlichen nur zu formalen Zwecken ausgebeutet wissen will, hofft er davon eine nicht unerhebliche Zeitersparniß, die dann dem vom Bildungszweck unerlässlich geforderten Plus von Mathematik und Naturwissenschaften zugute kommen soll. Jedenfalls verdient auch dieser wohlgemeinte Versuch der Lösung einer so lange und so viel besprochenen Frage volle Beachtung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung veröffentlicht den Brief eines ostpreussischen Seemanns an Bord des Prinz Adalbert, des Schiffs, mit dem bekanntlich Prinz Heinrich die Fahrt um die Erde macht. Der Seemann erzählt: „In einer Restauration in Honolulu passirte uns ein sehr komisches Abenteuer. Als wir nämlich ruhig in unserer Ecke saßen und ein Glas Bier tranken, kam mit einem male ein ganz wüß ausschender Kerl an uns heran, schüttelte uns

die Hand und redete uns im reinsten bairischen Dialekt an. Er war, wie er uns mittheilte, Handwerkerbursche aus Augsburg, war dann brasilianischer Soldat, chilenischer Matrose, Goldgräber in Californien gewesen und jetzt Arbeiter in Honolulu. Nachdem er uns so seine ganze Lebensgeschichte erzählt hatte, sagte er plötzlich: „Ich weiß aber auch, wer Sie sind!“ Als wir ihn fragten, was wir denn wären, sagte er: „Sie sind das Kronprinzle; ich kenne Sie ganz genau. Als er heute mit seinem Boote ans Land kam, hab' ich ihn gesehen, und da hab' ich meine Schnapsbulle genommen und hab' drei Schnäpse gefosse und Hurra geschrien.“ Es war unumgänglich, es ihm auszugeben, daß ich das „Kronprinzle“ wäre, und zuletzt sagte er: „Nun, ob Sie nun das Kronprinzle sind oder nicht, Sie müssen mit mir eins trinken“, und ob wir wollten oder nicht, wir mußten mit ihm auf eine glückliche Reise trinken. Wir boten ihm dann noch einige Cigarren an, die er sich zum Andenken verwahrte. Dann drückte er uns noch kräftig die Hand und verabschiedete sich sehr vergnügt.“

Ueber die Gestalt der vielbesprochenen Assagai's geht der „Posta“ folgende aus Foten, „Handwörterbuch der gesammten Militärwissenschaft“ (4. Bd., S. 280), entlehnte Notiz zu: „Assagai, Range der südafrikanischen Völkerschaften, 4-7 Fuß lang, mit einer Spitze, welche oft noch Widerhaken hat, zum Nahkampfe wie zum Werfen bestimmt. Der Schaft pflügt sich stark zu verjüngen. Der Name kommt von der Assagait (curtisia saginosa), aus deren Holz die Lanzen gefertigt werden. Dst sind sie vergiftet.“ v. Specht „Geschichte der Waffen“ (2. Thl., 2. S., Kassel und Leipzig 1875), wird dabei als eine Quelle citirt, wo weitere Beschreibung zu finden ist.

Von dem im Verlage von W. Köbner in Dresden erscheinenden „Deutschen Volkschriften“ ist soeben der fünfte Band ausgegeben worden. Derselbe enthält: „Die Steuerfreiheit und der Arbeitsertrag. Von H. E. Oppenheim.“ Die Wichtigkeit des Themas wie der rühmlich bekannte Name des Verfassers verbürgen gleichmäßen ein gerechtfertigtes Interesse für diese Publication.

Abg. nachgehabt nach dem Am Abg. tes Amen Lesung Die Amendem Fiere Bormittl nerer Zur D = ce Frage d starker t andererf Gegenfär Für über Sin Seiten h zu sein. gabe, h die eing eine Ver den Reg Zwe Davon maßlich stimmen Quotifir 2) Einst Mehrein Matricu noch ein Uebersch gabe ihr Dies 1) d budget d zu mach entsprech vorzuneh Reichsreg Dennoch dazu in 2) d voll bew diesem U Uebersch und zw als Aus staaten“ Also Matricul Einzelsta bekomme feit, etn Salzsteu Steuern grünbet Der seinem Verbrau segendes staaten theilen, Reiches hätten d fließender Matricul Außerder willigt n Also jährliche aber Ja unmittel würde n staaten auf die Eine conservat an. Er ohne Nr wenn die ausreiche dem neu gegen, r Bevölker Wir auch Pu den Gr Reiche ei länger „möglich an die Steuerja

Abg. Dr. Delbrück will in 33 c die Worte „auch nachgehende“ streichen.

Nach kurzer Debatte werden Pos. 33 a und b mit dem Amendement lieber angenommen.

Abg. Dr. Delbrück zieht sein zu Pos. 33 c gestelltes Amendement darauf zurück, um es bei der zweiten Lesung der Position Glas wieder aufzunehmen.

Die Pos. 33 c und d werden ebenfalls mit dem Amendements lieber angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus bis Donnerstag Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Eine Reihe kleinerer Vorlagen, Rechnungsübersichten und Zolltarif.

Zur Orientirung in Sachen der Finanzzölle.

Leipzig, 25. Juni. Je näher die so wichtige Frage der Finanzzölle ihrer Entscheidung rückt, desto stärker treten einerseits die Gegensätze der Parteien, andererseits die Bemühungen um einen Ausgleich dieser Gegensätze nach dieser oder jener Richtung hin hervor.

Für das augenstehende Publikum ist es schwer, über Sinn und Tragweite der von den verschiedenen Seiten her formulirten Anträge überall auf dem Klaren zu sein.

Wir halten es daher für unsere erste Aufgabe, hier aufklärend zu wirken. Also: was wollen die einzelnen Parteien und welche Aussicht ist auf eine Verständigung derselben untereinander und mit den Regierungen beziehentlich dem Reichskanzler?

Zwei solche Anträge lagen bereits gestern vor. Davon verlangte der Antrag v. Bennigsen, dem mutmaßlich der größte Theil der National-Liberalen zustimmen wird: 1) jährliche Neubewilligung (sogenannte Quotisirung) der Abgaben auf Salz und Kasse; 2) Einstellung der von Zöllen und Steuern erzielten Mehreinnahmen ins Reichsbudget an Stelle der jetzigen Matricularumlagen und, falls dieselben dann immer noch einen Ueberschuß ergäben, Vertheilung dieses Ueberschusses an die Einzelstaaten im Etat nach Maßgabe ihrer Bevölkerung.

Dieser Antrag faßt zwei Fälle ins Auge: 1) den Fall, wo der Reichstag in dem Ausgabebudget des Reiches bedeutende Abstriche (Ersparnisse) zu machen sich gedrungen fände, und wo er nun dem entsprechende Herabminderungen der Reichseinnahmen vorzunehmen für nöthig hielte, damit nicht etwa die Reichsregierung jene vom Reichstage gestrichenen Posten dennoch verausgäbe, wenn sie das verfügbare Geld dazu in Händen hätte;

2) den Fall, wo der Reichstag die Einnahmen voll bewilligt und dadurch ein Ueberschuß entsteht; in diesem Falle soll nicht die Regierung über einen solchen Ueberschuß verfügen können, sondern nur der Reichstag, und zwar so, daß er den mutmaßlichen Ueberschuß als Ausgabe posten „zur Vertheilung an die Einzelstaaten“ in den Etat einstellt.

Also nach dem Bennigsen'schen Antrage würden die Matricularbeiträge wegfallen, eventuell würden die Einzelstaaten sogar noch etwas vom Reiche herausbekommen; dem Reichstage bliebe aber die Möglichkeit, etwa 70 Mill. M. (so viel betragen ungefähr Salzsteuer und Kassezoll zusammen) an den indirecten Steuern zu streichen und um so viel, wenn er es begründet fände, das Reichsbudget herabzusetzen.

Der Antrag v. Frandenstein (Centium) ging in seinem Kerne dahin: alle Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern über ein gewisses im voraus festzusetzendes Maß hinaus kurzerhand an die Einzelstaaten nach dem Maßstabe der Bevölkerung zu vertheilen, also ganz so, wie es vor Gründung des Reiches im Zollverein geschah. Die Einzelstaaten hätten dann von diesen ihnen vom Reiche aus zufließenden Einnahmen einen Theil in der Form von Matricularbeiträgen wieder dem Reiche zuzuführen. Außerdem sollten gewisse Steuern nur auf Zeit bewilligt werden.

Also: Beibehaltung der Matricularbeiträge, alljährliche Bewilligung derselben durch den Reichstag, aber Zahlung durch die Einzelstaaten, folglich nicht unmittelbare, selbständige Reichseinnahmen. Das Reich würde nur gleichsam erst den Einnehmer für die Einzelstaaten machen, dann aber für seinen eigenen Bedarf auf die Beiträge dieser angewiesen sein.

Einen dritten Antrag kündigt namens der Freiconservativen (der Deutschen Reichspartei) die „Post“ an. Er enthält Nr. 2 des Bennigsen'schen Antrags ohne Nr. 1. Danach soll, wie bisher, der Reichstag, wenn die Einnahmen aus Zöllen und Steuern nicht ausreichen, Matricularbeiträge bewilligen (was nach dem neuen Tarif wol niemals eintreten würde), dagegen, wenn sich Ueberschüsse ergeben, diese nach der Bevölkerungszahl an die Einzelstaaten vertheilen.

Wir bemerken noch, daß dieser Antrag und also auch Punkt 2 des Bennigsen'schen Antrags sich eng an den Grundgedanken Bismarck's anschließen: 1) dem Reiche eigene Einnahmen zu verschaffen, damit es nicht länger „der Kostgänger der Einzelstaaten“ sei; 2) womöglich noch aus jenen Reichseinnahmen Ueberschüsse an die Einzelstaaten, zur Erleichterung der directen Steuerzahler in diesen, abzuführen, wogegen der Cen-

trumsantrag zwar diesen zweiten Zweck, nicht aber jenen ersten im Auge hat, da er die Matricularbeiträge beibehalten wissen will.

Nun wird heute mehrseitig gemeldet, die beiden (!) conservativen Fractionen hätten sich mit dem Centrum dahin geeinigt, daß sie dem ersten Theil des Frandenstein'schen Antrages (Vertheilung aller Reichseinnahmen über einen gewissen Betrag hinaus an die Einzelstaaten und Beibehaltung der Matricularumlagen) zustimmen, wogegen das Centrum den zweiten Theil (Bewilligung gewisser Zölle und Steuern nur auf Zeit) aufgeben würde.

Diese Nachricht bedarf indes noch der Bestätigung, beziehentlich der nähern Erläuterung, denn es fällt schwer, zu glauben, daß „beide“ conservative Fractionen einem Antrage zugestimmt haben sollten, welcher nicht allein mit dem angeblich von den Freiconservativen entworfenen Antrage, sondern auch mit dem eigensten Gedanken des Reichskanzlers bei dieser Finanzreform im allerdirectesten Widerspruche steht.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 24. Juni. Die Entscheidung über die Frage der Garantien ist gefallen. Das Centrum und die conservativen Parteien haben sich unter Ablehnung des Bennigsen'schen Vorschlages miteinander verständigt. Motive und Verlauf dieser Verständigung können nicht besser gekennzeichnet werden als durch Wiedergabe einer offenbar autorisirten Notiz, welche die heutige Abendausgabe der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung enthält:

Die beiden conservativen Fractionen des Reichstages, vor die Nothwendigkeit gestellt, sich zwischen den Anträgen v. Bennigsen und v. Frandenstein zu entscheiden, haben eine alljährliche Festsetzung der Höhe des Zollsaßes wie der Abgabe für Salz (Alinea 1 des Antrages v. Bennigsen) nicht als die wünschenswerthe Lösung der schwebenden Frage zu erachten vermocht, zumal dadurch das im Art. 5 der Reichsverfassung garantierte Präsidialrecht Preussens tangirt würde. Die deutschconservative Fraction sonol wie die Reichspartei erblickten dagegen in Alinea 1 des Antrages v. Frandenstein lebhaft den formellen Ausdruck eines Principe, welches eine Aenderung des thatsächlich bestehenden Verhältnisses nicht enthält. Dem gegenüber hat das Centrum sich entschlossen, Alinea 2 des Antrages Frandenstein aufzugeben, und es dürften demnach sich die Stimmen der beiden conservativen Fractionen sowie der Centrumsfraction auf Alinea 1 dieses Antrages vereinigen, falls die Tabaksteuer in einer angemessenen dem Zweck der Vorlage entsprechenden Höhe bewilligt wird.

Nach dem hier angezogenen Alinea 1 bleiben die Matricularbeiträge bestehen, während die aus der Tabaksteuer und den Zöllen sich über den bisherigen Betrag ergebenden Mehreinnahmen nach dem Verhältniß der Kopfzahl auf die Einzelstaaten vertheilt werden. Es ist dies also das gerade Gegentheil jener finanziellen Selbständigmachung des Reiches, welche von den National-Liberalen im Verein mit dem Reichskanzler erstrebt wurde. Der Antrag v. Bennigsen, welcher die Brücke zur Erreichung dieses Zieles bilden sollte, ist von den conservativen Fractionen kurzerhand zurückgewiesen worden; der Antrag des Centrums, welcher einen dem Reichsgedanken principiell entgegengesetzten Föderalismus befestigt, wird von diesen Fractionen willkommen geheißen. An und für sich hatten die Conservativen, wie die Kreuzzeitung ausführt, für keinen von beiden Standpunkten Sympathie; aber, vor die unvermeidliche Alternative zwischen liberalem Constitutionalismus und particularistischem Föderalismus gestellt, „kann kaum ein Zweifel darüber obwalten, daß vom Standpunkte der conservativen Anschauungen aus eine Entscheidung zu Gunsten der föderativen Bestrebungen die näher liegende ist“. Damit wird denn der Traum derjenigen, welche an die Realität einer conservativ-liberalen Majorität nicht glauben mochten und unablässig die Nothwendigkeit einer conservativ-liberalen Majorität predigten, wol sein Ende erreicht haben. Damit übrigens der Sache der Humor nicht fehle, bringt das Organ der Deutschen Reichspartei heute Abend noch einen Antrag nebst gesperrt gedrucktem Commentar, welcher genau das Gegentheil dessen enthält, wozu die Deutsche Reichspartei nach dem Berichte der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bereits ihre Zustimmung gegeben.

Von den weiter links stehenden national-liberalen Organen will die „Tribüne“ sogar einen Theil der Matricularbeiträge beibehalten wissen, weil ihr die bloße Quotisirung der Salz- und Kassesteuer nicht als ausreichende „constitutionelle Garantie“ erscheint. Die fortschrittlichen Blätter, Bostische Zeitung, Berliner Zeitung, Berliner Völkerverzeitung, bekämpfen mehr oder weniger entschieden den Bennigsen'schen Vorschlag als ungenügend zur Sicherstellung des Einnahmewilligungsrechtes des Reichstages.

Seitens der Deutschen Reichspartei wird, wie die „Post“ in sehr positiver Weise ankündigt, folgender Antrag eingebracht werden:

Gesetz betreffend die Abänderung des Art. 70 der Reichsverfassung. Art. 70 erhält folgende Fassung: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die rechnermäßigen Ueberschüsse der Vorjahre sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und

aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. In soweit die gemeinschaftlichen Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrags durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Die nach dem Reichshaushaltsetat veranschlagten Ueberschüsse der Einnahmen über die Ausgaben sind im budgetmäßigen Betrage nach dringlichen Maßstabe auf die einzelnen Bundesstaaten zu vertheilen.“ (Zu seiner gegenwärtigen Gestalt lautet Art. 70 der Reichsverfassung: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. In soweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, solange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerungen aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrags durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.“)

Die „Post“ bemerkt: Die Deutsche Reichspartei hat es jeberzeit als ein normales Ziel der Entwicklung des Budgetverhältnisses des Deutschen Reiches betrachtet, daß das Reich, auf eigene Einnahmen gestellt, nicht als hilfssuchender Kostgänger bei den Einzelstaaten erscheinen sollte, sondern daß ähnlich, wie im Zollverein es der Fall war, Quellen gemeinsamer Einnahmen erschlossen werden. Ob der Antrag in der Tarifcommission oder in dem Plenum eingebracht werden wird, muß abhängig bleiben von dem Gange, welchen die weiteren Verhandlungen zwischen den Fractionen nehmen, welche ausdrücklich das Zustandekommen der Tarif- und Steuerreform anstreben. So viel können wir aber schon jetzt sagen, daß die Nr. 1 des Bennigsen'schen Antrags für die Reichspartei ebenso unannehmbar ist wie die Nr. 2 des Frandenstein'schen.

Nach der „Germania“ erstrebt das Centrum ein Dreifaches:

- 1) Daß die Matricularbeiträge beibehalten und der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher das bisherige mittlere Ergebnis übersteigt, ganz an die Bundesstaaten vertheilt werde, und zwar nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matricularbeiträgen herangezogen sind. 2) Daß bestimmte Zölle nur auf Zeit, vorläufig bis 1881 (Ablauf des Septennats für den Militäretat) bewilligt werden sollen. Die Auswahl wird sich nach Erledigung des Tarifs in zweiter Lesung leicht treffen lassen. 3) Daß in geeigneter Form die Gewähr übernommen wird, die nach Deduction des Deficits den Einzelstaaten verbleibenden Ueberschüsse zur Entlastung der Steuerzahler zu verwenden.

Die „Germania“ bemerkt dazu erläuternd: In dem zweiten Punkte berührt der Antrag des Centrums die Vorschläge des Hrn. v. Bennigsen; es würde also nicht schwer sein, in dieser Hinsicht eine Verständigung zwischen dem Centrum und den „liberalen“ Freunden des Reformwerkes herbeizuführen. Aber diese einzige „Garantie“ des Hrn. v. Bennigsen (denn die Nr. 2 seines Antrages enthält eine solche nicht) kann uns keineswegs genügen. Die Regierung kann bei einem Conflict ohne Kasse- und Salz Zoll allenfalls fortgeführt werden, nicht aber ohne die Matricularbeiträge, unter deren System wegen ihrer „den Etat beherrschenden Höhe“ in der Hauptsache der Reichstag das Einnahmewilligungsrecht hat. Um ein volles, ungeschmäleretes Aequivalent diesem Rechte für den Wegfall der Matricularbeiträge zu geben, müßte mindestens die Hälfte der Zölle quotisirt werden; das ist aber unmöglich. Mit hin bleibt nichts anderes übrig, als den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten, die Matricularbeiträge beizubehalten.

Dieser Vorschlag soll den Liberalen damit empfohlen werden, daß „er die einzig denkbare Basis biete, auf welcher sich eine Vermehrung der constitutionellen Befugnisse des Reichstages anbahnen läßt“. Nach dem Verbruche der quotisirbaren Steuern, um einen schwachen Ersatz für das mit den Matricularbeiträgen verknüpfte Einnahmewilligungsrecht zu sichern, bleibe nichts mehr übrig, um eine Vermehrung der Reichstagsrechte in gleichem Schritte mit dem vermehrten Besitz der Regierung zu erzielen. Den Liberalen wird darauf ins Gewissen geschoben, daß sie, um nur einen Schritt zum Einheitsstaat vorwärts zu machen, ohne Rücksicht auf die constitutionellen Rechte die Matricularbeiträge wollen wegschicken lassen.

Den Hamburger Nachrichten schreibt man aus Berlin vom 22. Juni: „Vor einigen Tagen hat eine Unterredung zwischen Führern des rechten und des linken Flügels der National-Liberalen stattgefunden, in welcher beiderseits die Unvermeidlichkeit einer Trennung in loyaler und, soweit in einem solchen Falle möglich, freundschaftlicher Weise anerkannt wurde. Es sind nicht so sehr die wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten, welche die Auseinandersetzung unerlässlich gemacht haben, als vielmehr die verschiedenartige Stellung zu der gesammten Methode der neuern Bismarck'schen Politik. Demgemäß werden auch mit der Linken keineswegs alle Freihändler aus der Fraction ausschneiden; zu den Gegnern des neuen Tarifs gehören eine Anzahl national-liberaler Abgeordneter, welche in allen andern Dingen zu den gouvernementalsten Mitgliedern der Fraction zählen, und sie dürften bei Hrn. v. Bennigsen, der künftig der alleinige Führer der Partei, wenigstens im Reichstage, sein wird, verharren, mit ihnen die große Mehrzahl der bisherigen National-Liberalen. Mit Forckenbed, Paster, Stauffenberg, Rickert wird eine Minderheit ausschneiden, deren Zahl im Augenblicke noch nicht feststeht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dies nur der Ausgangspunkt weiterer Veränderungen des Parteiwesens sein wird, die durchzuführen aber Sache der Wähler sein wird. Hervorragende Mitglieder der

Fortschrittspartei sind einer Entwicklung der Dinge geneigt, welche später zum Aufgehen sowohl dieser Fraction als der künftigen Fraction Fortdenbed in einer liberalen Partei führen würde; die Initiative zu einer solchen Veränderung dürfte aber, etwa bei Gelegenheit der nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus, den Wählern, nicht den auf Grund der bisherigen Parteiunterschiede gewählten Abgeordneten, zugewiesen werden. Nach der in einigen Tagen bevorstehenden Rückkehr Fortdenbed's wird, entweder schon anlässlich der zweiten Lesung der Finanzjölle oder bei der dritten Lesung des Tarifs, die Scheidung innerhalb der national-liberalen Fraction formell eintreten. Die letztere hat schon seit Wochen keine gemeinsamen Beratungen mehr gehalten. Ueber das Bevorstehen dieses Ereignisses auf dem Felde des Parteiwesens ist Fürst Bismarck natürlich unterrichtet, und deshalb dürften damit auch manche in den letzten Tagen eingetretene Veränderungen zusammenhängen. Die Trennung der Rechten und der Linken der national-liberalen Fraction ist bekanntlich ein alter Wunsch des Reichskanzlers, der die Erfüllung sich freilich früher wol anders, nicht als Ausschneiden fast des gesammten Stabes der Partei aus derselben, sondern nur des Abg. Lasker mit einigen Freunden, vorgestellt hat; indess auch so wird das Ereignis ihm willkommen sein und wird er es gern dadurch befördern, daß er der künftigen Fraction Bennigsen die Cooperation mit den Conservativen erleichtert. Damit dürfte es zusammenhängen, daß sicherem Vernehmen nach die jährliche Neubewilligung einiger Jölle (es ist von Kasse, Salz und eventuell Petroleum die Rede) zugestanden ist. Die andere Veränderung betrifft einige Minister, über deren Amtsbauer die Presse in der letzten Zeit Krankheitsbulletins ausgab. Die Trennung der national-liberalen Partei, resp. die künftig ungehinderte Actionsfähigkeit der Fraction Bennigsen in der Richtung eines Zusammengehens mit den Conservativen eröffnet an Stelle der conservativ-ultramontanen Mehrheit die Aussicht auf eine conservativ-liberale Majorität, was ja für die unmittelbare Gegenwart ohne Zweifel ein Vortheil ist; die Folgen für die Zukunft gehören in ein anderes Kapitel. Zunächst wird es mit der Aussicht auf die bezeichnete neue Parteigruppierung zusammenhängen, daß Dr. Falk sich wieder fester als seit Monaten im Sattel fühlt und daß Dr. Friedenthal allerlei Berührlichkeiten überwunden hat; in Kreisen, welche sich bereits für „maßgebend“ hielten, waren gewisse ordinäre Ausfälle eines agrarischen Blattes gegen den Landwirtschaftsminister mit behaglich-billigenden Commentaren colportirt worden, welche einem Manne von der unabhängigen socialen Position Dr. Friedenthal's wol den Gedanken nahe legen konnten, daß es angenehmer sei, nicht Minister zu sein. Indem die conservativ-liberale Combination in den Vordergrund tritt, verlieren solche Anfeindungen allerdings an Bedeutung.

Nach der National-liberalen Correspondenz wäre in dem obigen Artikel „Wahres mit Falschem in einem merkwürdigen Maße gemischt“. Die Darstellung bezüglich einer „Unterredung zwischen Führern des rechten und des linken Flügels der National-liberalen“ sei unrichtig. Geleugnet freilich könne nicht werden, „daß innerhalb der Fraction Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien“. Solche träten ja bei jeder wichtigeren Abstimmung zu Tage. Was aber im übrigen in jener Correspondenz ausgeführt werde, beruhe auf Combination. Auf das bestimmteste könne sie, die National-liberale Correspondenz, nach den eingezogenen Erkundigungen versichern, „daß irgendwelche definitive (!) Verabredungen zwischen den Führern nicht stattgefunden haben“. Dergleichen könne auch nicht eher geschehen, „als bis die politische Lage vollkommen geklärt sei“. „Wie sehr aber die Dinge noch fortwährend im Flusse sind und die Situationen wechseln, haben gerade die letzten Tage gezeigt.“

M.L.C. Berlin, 25. Juni. Die Tabaksteuercommission trat heute in die zweite Lesung ein und erledigte, unter Aussetzung der von den Zoll- und Steuerjäten handelnden §§. 1 und 2, die §§. 3—15. Bemerkenswerth ist die an den Beschlüssen erster Lesung zu §. 14 vorgenommene Aenderung. Diefem Paragraphen hatte die Commission einen neuen Absatz eingefügt, nach welchem die Dauer der Verwiegungszeit des steuerpflichtigen Tabaks so lange ausgedehnt werden sollte, daß alle Tabacke, die der Pflanze nicht selber fermentirt, erst nach erfolgtem Verkauf zur Verwiegung gestellt zu werden brauchten. Die Abg. Wuhl und Blum legten auf eine derartige Bestimmung den größten Werth. Andererseits bezeichnete der Finanzminister Hobrecht den Zusatz als eine Klippe, an welcher das ganze Gesetz voraussichtlich scheitern würde. Ein Antrag Wuhl auf eine andere Fassung wurde schließlich abgelehnt und der Absatz gestrichen.

Die Zolltarifcommission nahm die weiteren Nummern der Position Baumwolle nach den Beschlüssen erster Lesung unverändert an. Bei der Pos. 22: Leinengarn, Leinwand und andere leinene Waaren, wurde zu Gunsten der kleinen Untereberei

beschlossen, leinenes Garn, Maschinenspinn bis Nr. 5 englisch mit 3 M. und eine besondere Scala von Nr. 5 bis Nr. 8 mit 5 M. zu tarifiren; sonst wurde die Position unverändert genehmigt. Bei der Position Wolle wurde vom Abg. Danmacker beantragt, für Wefelgarn, welches bei der ersten Lesung gestrichen war, einen Zoll von 3 M. zu beschließen. Dieser Antrag wurde mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Delbrück auf Verbeibaltung des bisherigen Zollsatzes von 3 M. für rohe einfache und doublirte, gebleichte und gefärbte einfache Garne. Der Antrag v. Schauß, Tuch und Zeugwaaren von 120 auf 150 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt, somit ist für die Textilbranche gar keine Ermäßigung gegen die Beschlüsse erster Lesung durchzusetzen möglich gewesen. Heute Abend beräth die Commission über die Position Seide und Kleider. Auf der Tagesordnung steht auch die Berathung über die Anträge v. Bennigsen und v. Frandenstein über die constitutionellen Garantien.

— Die Berliner Autographirte Correspondenz — bekanntlich das Organ des linken Flügels der National-liberalen — schreibt in einem über das voraussichtliche Schicksal der Finanzjölle handelnden Artikel:

Mit Sicherheit kann man heute wol nur das Eine sagen, daß die Mehrheit des Reichstages die Bewilligung der Finanzjölle unter allen Umständen an Bedingungen knüpfen wird. Man verlangt auf liberaler Seite die Quotifirung gewisser Steuern, damit das durch die Form der Raticularbeiträge gesicherte Einnahmewilligungsrecht des Reichstages demselben ganz und voll erhalten bleibe. Das Centrum nimmt einen besondern Standpunkt ein, indem es gegen die Bewilligung höherer Einnahmen eine Stärkung des liberalen Elements im Reiche eintauschen möchte, die darin besteht, daß den einzelnen Bundesstaaten dem Reiche gegenüber eine gesicherte Finanzlage bereitet wird. Nach unserer Ansicht wird es sich zuletzt lediglich um das Maß des Einnahmewilligungsrechts des Reichstages und die Höhe der Bewilligungen handeln, wobei das Tarif- und das Tabaksteuergesetz allein noch in Betracht kommen. Alle Verhandlungen scheinen auf Seiten der Regierung darauf hinauszulaufen, im Reichstage eine Majorität zu gewinnen, welche möglichst viel bewilligt und in Betreff des behufs Quotifirung beweglich zu machenden Theiles der Einnahmen mit einem möglichst geringen Maße sich begnügt. Und der Ausgangspunkt des Ganzen wird darin liegen, ob es gelingen wird, in umgekehrter Richtung die Mehrbewilligungen auf das wirkliche Bedürfnis zu ermäßigen und dagegen ein den berechtigten Anforderungen vollständig entsprechendes Maß des Einnahmewilligungsrechts für den Reichstag zu sichern. In dieser Hinsicht läßt sich gar nicht sagen, wozu die Entscheidung fällt, wenn, wie dies gesehen wird, das Hans hierüber in eine Mehrheit und Minderheit sich spaltet, und noch weniger läßt sich vorher-sagen, wie groß die eine, wie groß die andere sein wird; so sehr laufen die Combinationen zur Zeit noch durcheinander.

— Der ausgburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Berlin von 23. Juni: „Der Verfassungsausschuß des Bundesrathes, der bisher nur zur Ernennung der Referenten über den Gütertarifentwurf zusammengetreten war, regte die Ueberweisung der Verfassungsfrage an den Sonderausschuß an, welcher den Entwurf aufgestellt hat. Uebrigens scheint man den Einzelstaaten, mit denen man lebhaft unterhandelt, Concessionen zu machen. Die bisherigen Schwierigkeiten gelten im wesentlichen als beseitigt. Der Entwurf dürfte noch an den Reichstag gelangen, aber schwerlich noch berathen werden.“

— Die bisher in ihrer Mehrheit schutzösterreichische Handelskammer von Elberfeld hat unterm 16. Juni eine neue Eingabe an den Reichstag gesandt, die in der Tarifcommission heute großes Aufsehen erregt hat. Dieselbe lautet:

Die unterzeichnete Handelskammer hatte sich gestattet, dem hohen Reichstage unterm 24. April d. J. eine Vorstellung gegen die in der Tarifvorlage enthaltenen Zollsätze auf Baumwollgarne einzubringen, unter gleichzeitiger Befürwortung eines zwischen den Interessen der Weber und Spinner gewissenhaft vermittelnden Vorschlages für eine anderweitige Staffellung und Normirung der Baumwollgarnzölle. Obgleich dieser Vorschlag bereits die äußerste Grenze der Opfer bezeichnete, welche die Weberei zu Gunsten einer weitem Hebung der deutschen Spinners auf sich zu nehmen im Stande wäre, ohne die gesammte Textilindustrie empfindlich zu schädigen, so ist die Commission des hohen Reichstages in der ersten Lesung der ihr überwiesenen Tarifpositionen dennoch über diese unsere in Gemeinschaft mit den betheiligten Nachbarammern erhobenen Vorstellungen nicht nur zur Tagesordnung übergegangen, sondern sie hat sogar noch eine weitere Verschärfung der Vorlage zu Ungunsten der Weberei durch Heraushebung der Garnnummern 18 und 19 in die zweite Staffel vorgenommen. Angeseht dieses unerwarteten Vorgehens hält es die unterzeichnete Kammer für ihre Pflicht, noch einmal entschiedene Einsprache gegen die von der Commission angenommenen, die umfangreiche Webindustrie des Wuppertales aufs schwerste beeinträchtigenden Garnzollerhöhungen zu erheben. Die Kammer kann die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die Commission selbst, unter gerechter Berücksichtigung der sich gegenüberstehenden Interessen, in der zweiten Lesung ihrer Beschlüsse wesentlich modificiren werde, andernfalls ist sie überzeugt, das Plenum des hohen Reichstages werde keine Zollsätze genehmigen, welche die alteingesessene, weitverzweigte deutsche Webindustrie zu Gunsten einer immerhin doch nur möglichen, aber keineswegs gesicherten Verbesserung der Spinners in unberechenbarer Weise schädigen, ja, in einzelnen Zweigen vollständig um die Exportfähigkeit bringen würden. Die unterzeichnete Handelskammer ist den Befürwortungen, welche einen massvollen Schutz der deutschen Industrie bezwecken, keineswegs feindlich entgegengetreten; sie hat im Gefamntinteresse partielle Opfer aus ihrerseits bekräftigt. Um so mehr glaubt sie Anspruch

darauf erheben zu können, daß ihre Stimme da nicht überhört werde, wo sie vor Uebertreibungen des angeblich in der wirtschaftlichen Gesetzgebung regierenden Princips warnt. Die Nation wünscht, aus den alle Unternehmungskraft lähmenden Zollkämpfen der letzten Jahre endlich heraus- und zu stabilen Zuständen zu gelangen. Der hohe Reichstag kann nur von demselben Wunsche durchdrungen sein. Er wird daher — die Kammer vertraut dies zuversichtlich — niemals Zollsätze seine Zustimmung geben, welche wegen ihrer ungerechtfertigten, den unterlegenen Theil untrüglich belastenden Höhe diesen zu sofortiger unausweichlicher Wiederaufnahme eines Kampfes anstacheln müßten, dessen unübersehbare Wechselfälle leicht alle Resultate der heutigen Zollgesetzgebung wieder in Frage stellen könnten. Die Handelskammer zu Elberfeld.

— Der Deutsche Reichs-Anzeiger schreibt:

In dem Leitartikel der National-Zeitung vom 24. Juni werden die Angaben des Reichsbankpräsidenten v. Dethlefsen in der Reichstags-Sitzung vom 19. Juni über die mit der Münzreform verbundenen Verluste in Zweifel gezogen. Zunächst wird bemängelt, daß von den bisherigen Verlusten nicht der Münzgewinn bei der Ausprägung der Reichsilbermünzen in Abzug gebracht wird. Dies ist allerdings nicht geschehen, aber aus gutem Grunde, nämlich weil die Reichsilbermünzen unterwerthig ausgeprägt sind. Hundert Mark Reichsilbergeld enthalten nur 90 M. Silber, der höhere Werth ist ihnen wie dem Nickel- und Kupfergelde nur durch das Deutsche Münzgesetz äußerlich beigelegt, erblüht aber nicht den innern Werth derselben. Die Differenz kann also auch nicht als Gewinn betrachtet werden. Sodann wird behauptet, daß von den Thalersfüllen mehr verloren gegangen seien als 17 Proc., wie der Reichsbankpräsident angenommen hatte. Diese Schätzung ist jedoch vollkommen begründet. Zunächst hat der Verfasser des Leitartikels übersehen, daß außer den Thälern der deutschen Staaten mehr als 93 Mill. M. in österreichischen Thälern ausgegeben sind, welche ebenfalls beiseitigt werden müssen, zumal sie sich schon fast ganz in den beiseitigten Raffin befinden. Sodann kommt in Betracht, daß der übrigens größte Theil sämtlicher Thalersfülle in den Jahren 1856—73 ausgeprägt ist. Für die letztern kann keinesfalls ein höherer Procentfuß abgerechnet werden als für die ganz gleichartigen Zweithalersfülle aus demselben Zeitraume, und auf die ältern Jahrgänge ist bei der Berechnung des wahrscheinlichen Verlustes bereits insofern die nötige Rücksicht genommen, als der Verlust an dem noch zu verkaufenden Silber bei einem Verkaufspreise von 50 Pence pro Unze Standard nur auf 90—100 Mill. M. angegeben ist. Während derselbe sich bei einem Besitze von 476 Mill. auf mehr als 100 Mill. M. berechnet. Daß die Schätzung des noch vorhandenen Silberbestandes nicht übertrieben ist, ergibt sich übrigens auch daraus, daß sich bereits über 305 Mill. M. in Thalersfüllen geprägt oder eingeschmolzen in der Reichshauptkasse und in den Reichsbankfilialen befinden und noch in jeder Woche regelmäßig mehrere Millionen zufließen.

— Die „Post“ schreibt aus Berlin: „Se. Maj. der Kaiser Alexander von Rußland wird, dem Vernehmen nach, in alternächster Zeit aus Petersburg hier eintreffen, alsdann Sr. Maj. dem Kaiser Wilhelm in Bad Ems einen Besuch abstatten und sich hierauf zu mehrwöchigem Aufenthalte nach Juchenheim begeben.“

— Das Militär-Wochenblatt, das den Spitzen der deutschen Militärbehörden nicht fern steht, schreibt unter der Ueberschrift: „Prinz Napoleon, Eugen Ludwig Joseph, geboren am 16. März 1856, gefallen im Kriege gegen die Zulus am 1. Juni 1879“, Folgendes:

Während für den ersten Napoleon, welcher sich langsam auf fernem Etande verblüdete, der Tod auf dem Schlachtfelde von Belle-Alliance, und für Napoleon III. der auf schmerzlichen Krankenlager in der Verbannung enden sollte, eine tödliche Kugel bei Sedan ein Stück gewesen wäre, genährte das unerforschliche Schicksal das, was es den beiden Cäsa ren vorentwarf — den Tod im blutigen Kampfe — dem jugendlichen Sprossen des kaiserlichen Geschlechts, mit dessen frühem Tode auch die denkwürdige Geschichte der Napoleoniden zu schließen scheint. Wahrlich, ein tragisches und ergreifendes Geschick!

Frankreich.

* Paris, 22. Juni. Das Journal des Debats sagt in einem Artikel über den Prinzen Louis Napoleon: „Angeseht eines so tragischen Endes erinnern wir uns nur noch, daß der Prinz Louis Napoleon ein Franzose gewesen und als Soldat gefallen ist. Darum verneigen wir uns achtungsvoll vor diesem Sarge wie vor dem jedes andern Kindes Frankreichs, welches im Kampfe für eine befreundete Nation vom Tode ereilt worden ist.“

Sehr schroff äußert sich die République française. Sie bemerkt:

Die Geschichte wird für diesen jungen Menschen nicht streng sein, der am Ende niemand etwas Böses gethan hat und dessen krankhafte und reizlose Jugend nur eine besänftigte Waskerabe gewesen ist. Von dem Tage, da man das Wickelind als Sappeur der Garde oder als Corporal der Grenadiere liebt, bis zu der Stunde, da die bunten Schmeißler seines Vaters diesen armen verdugten Jüngling Kugeln auflesen ließen und mit Väterlichkeit bedeckten, mußte er auf den Brettern des Kaiserreiches immer im Vordergrund stehen. Wie traurige Betrachtungen mochten daher diesen jungen Geist bestärken, seit er unter dem Donner der Kanonen von Sedan eiligt nach Belgien entflo, bis er endlich, als seine Kameraden von Woolwich zur Expedition nach dem Zululande abgingen, auch einmal wie ein anderer Mensch leben und seine Haut zu Markte tragen wollte. Ist er als Opfer des Verhängnisses, zur Ehre des Verbrechens seines Vaters, gefallen? War es die letzte Seite der Schätiments, welche hier die Hand eines unbekannten Barbaren schrieb? Das ist das Geheimniß, welches dieser Todte mit ins Grab nimmt.

Der Figaro, conservativ und halb bonapartistisch, sagt: Niemals ist die Pflicht der nichtrepublikanischen Confer-

ativen Ma...
um die m...
Orasen E...
ben, reprä...
gibt es für...
Im P...
alte Spre...
sagt er...
denn was...
Lewen? ...
von kurze...
hat die in...
zen. W...
werden wi...
listen und...
listen. R...
unsere Pa...
wird: Au...
Dente...
der Kais...
unbegründ...
Kaiserin...
werde. ...
Gott sie...
Gräbern...
müthosim...
hohen Fra...
bisher sch...
Die I...
partie im...
bereits ge...
leidet an...
Tagen da...
licher und...
empfangen...
Der P...
intimen...
gehört, v...
Wähler: ...
Meine...
sichten über...
ich will ihn...
türlich der...
unfruchtig...
der Imperi...
wie vor ein...
für das Ra...
Beit erkannt...
stüb, ihre...
An diesem...
Kaiserreich...
bedürftig ist...
an einem...
Die Erfolge...
Verfassung...
Solte zur...
hat sie ange...
das Recht...
— Der...
vom 23...
hat den D...
und Depu...
Söhnen an...
ferlichen...
beschloß...
den Donne...
lassen, wa...
weitgehende...
schreiten, u...
liche Gesta...
parte, wel...
annimmt...
Der bon...
Morre (S...
bliraine ein...
Deputirte...
an. — De...
men nach...
der bonap...
Der K...
vom 24...
und Abgeor...
poleon. J...
auf Einzeli...
neten auf...
Stelle sein...
Prinz Napo...
Meine Ge...
cutirt wer...
— In ein...
tung aus...
Wie soll...
rührt und...
jugendliches...
tes Dasein...
mit bannen...
ein in ihn...
Hoffnungen...
Napoleon...
des dieses...
geltend ver...
wurde schne...
Wohl mocht...
was alles...
ihm sitzen.

nicht über-
genblicklich
Princip
nehmungs-
endlich ber-
Der hohe
Archivungen
dies zuver-
eben, welche
Theil un-
mausweich-
n müßten,
fultate der
n könnten
berfeld.

24. Juni
o. Wend
ie mit der
el gezogen.
Verlusten
der Reichs-
allerdings
h weil die
Hundert
tiber, der
Fupfergelde
geleget, er-
e Differenz
ben. So-
mehr ver-
reichsbank
ist jedoch
r des Leit-
deutschen
n Thälern
en müssen,
Kassen be-
ens größte
1866-73
ein höherer
eichtartigen
d auf die
wahrseim-
ldlich ge-
erlaufenden
pro Unge-
ist. wäg-
Mitt. auf
gung des
den ist, er-
über 305
smolgen in
n befinden
Miktionen

Se. Maj.
d, dem
eterburg
Wilhelm
h hierauf
heim be-
ipigen der
schreibt
, Eugen
gefallen
9", Fol-
h langsam
Schlacht-
ber auf
den sollte,
wäre, ge-
den beiden
se - dem
mit dessen
Napoleo-
s und er-

Débats
is Na-
des erin-
Napoleo-
gefallen
vor die-
Frank-
e Nation
rançaise.

chen nicht
etphan hat
ne bekän-
man das
poral der
bummen
en Jüng-
bedeckten,
r im Bor-
ochten da-
wem Don-
en entloß,
nisch zur
inmal wie
te tragen
r Schöne
ie letzte
nes unbed-
niß, wel-
isch, sagt:
n Confer-

ativen Karer gewesen. Sie müssen alle ihre Hoffnungen um die monarchische Idee gruppieren, wie sie durch den Grafen Chambord und den Grafen von Paris, seinen Erben, repräsentiert ist. Dies oder die Republik, ein Drittes gibt es für die Konservativen nicht mehr.

Im Pays hat Paul de Cassagnac schon ganz seine alte Sprache wiedergesunden. „Freudiges Geheul“, sagt er, „herrscht in der Grube der Republikaner; denn was empfindet wol die Hyäne beim Tode des Löwen?“ Aber die Freude der Republikaner werde von kurzer Dauer sein. „Was hat Frankreich, was hat die imperialistische Partei verloren? Einen Prinzen. Wir haben dafür einen andern. Einstimmig werden wir uns um ihn scharen. Wir sind Imperialisten und bleiben Imperialisten, nichts als Imperialisten. Kein Unglück wird es über uns vermögen, unsere Fahne zu verlassen, welche immerdar bedeuten wird: Autorität und Furcht Gottes!“

Heute früh war hier das Gerücht von dem Tode der Kaiserin Eugenie verbreitet. Dasselbe war unbegründet. Wie der Gaulois vernimmt, hätte die Kaiserin erklärt, daß sie Chislehurst nicht verlassen werde. Sie wolle, hätte sie wörtlich gesagt, solange Gott sie noch zu leben verurtheile, bei ihren beiden Grübern verweilen. Angesichts der verzweifelten Gemüthsstimmung und des angegriffenen Zustandes der hohen Frau konnte in Chislehurst über politische Dinge bisher schlechterdings nicht verhandelt werden.

Die Meldung, daß der Prinz Peter Bonaparte im Sterben liege oder nach andern Angaben bereits gestorben, beruht auf Irrthum. Der Prinz leidet an einer Herzkrankheit und hütet seit einigen Tagen das Bett; sein Zustand ist aber kein bedenklicher und er hat auch nicht die Sterbefakramente empfangen.

Der Abg. Dugué de la Fauconnerie, der zu den intimen Freunden des Prinzen Jérôme Napoleon gehört, veröffentlicht folgendes Schreiben an seine Wähler:

Meine politischen Freunde befragen mich um meine Ansichten über die Folgen des Todes des kaiserlichen Prinzen; ich will ihnen dieselbe in wenigen Worten geben. So natürlich der ungewohnte Schmerz über die Katastrophe ist, so unfruchtbar wäre die Entmutigung darüber. Die Pflichten der Imperialisten sind heute dieselben wie früher. Jetzt wie vor einem Jahre bin ich der Ansicht, daß die Stunde für das Kaiserreich nicht eher kommen wird, als bis das Volk erkannt hat, daß die Republikaner nicht im Stande sind, ihre Verpflichtungen und Verpflichtungen zu erfüllen. An diesem Tage, aber auch nur an diesem Tage, wird das Kaiserreich wieder da sein und zwar da sein, wie es erforderlich ist, durch den Willen der Nation. Daß es alsdann an einem Kaiser nicht fehlen wird, mögen Sie mir glauben. Die Erbfolge im Hause Bonaparte ist durch eine kaiserliche Verfassung festgesetzt, der Kaiser hat dieselbe verfaßt, dem Volke zur Abstimmung darüber vorgelegt, und das Volk hat sie angenommen. Niemand außerhalb des Volkes hat das Recht, daran zu rütteln.

Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Paris vom 23. Juni: „Der Prinz Jérôme Napoleon hat den Deputirten der bonapartistischen Senatoren und Deputirten zugesagt, daß er mit seinen beiden Söhnen am Donnerstag der Trauerfeier für den kaiserlichen Prinzen anwohnen werde. Die Regierung beschloß die Anordnung von Vorsichtsmaßregeln für den Donnerstag; sie wird ungehindert alles geschehen lassen, was den Charakter der Trauer, selbst einer weitgehenden, behält, aber sie wird energisch einschreiten, wenn die Kundgebung eine verfassungsfeindliche Gestalt annehmen sollte. Derjenige Prinz Bonaparte, welcher öffentlich den Titel des Präidenten annimmt, wird sofort des Landes verwiesen werden. — Der bonapartistische Deputirte Janvier de la Motte (Sohn) trat in den Verein der Union républicaine ein, Lenglé und mehrere andere bonapartistische Deputirte schließen sich gleichfalls den Republikanern an. — Der Prinz Napoleon wird dem Vernehmen nach eine Proclamation in Betreff der Leitung der bonapartistischen Partei erlassen.“

Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Paris vom 24. Juni: „Mehrere bonapartistische Senatoren und Abgeordnete begaben sich gestern zum Prinzen Napoleon. In der Unterredung, die sich im übrigen nicht auf Einzelfragen erstreckte, spielte einer der Abgeordneten auf die Möglichkeit an, den Prinzen Victor an Stelle seines Vaters zum Haupt der Partei zu erklären. Prinz Napoleon zog sich zurück, indem er lachend sagte: „Meine Herren, es gibt Fragen, die nicht einmal diskutirt werden können!“

In einem Briefe der augsburger Allgemeinen Zeitung aus Paris vom 21. Juni heißt es: „Wie sollte man nicht einen Augenblick menschlich gerührt und betroffen vor einem Ereigniß bleiben, das ein jugendliches, von den höchsten Hoffnungsträumen umstrahltes Dasein so jählings vernichtet und das unsere Gedanken mit bannender Gewalt zurücklenkt auf die Erinnerung an ein in ähnlicher Jugend erloschenes Leben, das ähnliche Hoffnungen mit und in sich trug: wir meinen den Sohn Napoleons I. Ist es ein aridenartiges Geschick, welches dieses Haus der Bonaparte rührend, strafend und vergeltend verfolgt und auch trifft? Wahrscheinlich, der Vater Schuld wurde schnell und unerbittlich an den Söhnen heimgeführt! Wohl mochte das Kesselfleisch seines Namens und dessen, was alles mit diesem Namen verbunden war, brennend auf ihm sitzen. Nicht was hatte denn dieser Jüngling schließ-

lich Böses gethan und wem? Was mag vielmehr wol dieser Jüngling oft in bitterer, unmäßiger Schmerz empfunden haben, wenn er all die Verwünschungen, Fälsche und Anklagen hören, wenn er all den Schmutz, all die Schmach und Schande sehen mußte, welche man auf das Andenken seines Vaters häufte! Nun, es war wenigstens, als ob ein letzter Strahl der altnapoleonischen Legende das Ende des Prinzen Louis Napoleon umleuchten sollte, er starb als Soldat! Sein Tod verleiht manchen Haß und manche Leidenschaft, und heute flüsteren viele Tausende von Franzosen, die in ihm den Napoleoniden verfluchten, doch wieder: „Pauvre petit prince!“ Und auch noch auf eine andere fällt ein Abglanz dieses Todes mit mild verführendem Scheine. Welcher Mann von Herz wird nicht schweigend sich verneigen vor dem Schmerze jener Frau, die heute ihre letzte schwerste Buße zahlt für ein fürchtbar frivoles Wort: „C'est ma poitrine en proie à moi!“ Doch auch alle Mütter, welche den Namen der Kaiserin einst verflucht haben, sie werden heute entwandert stehen vor derjenigen, die jetzt ja auch nur noch eine am Sarge ihres einzigen Sohnes weinende Mutter ist. Gibt es eine Vergeltung auf Erden, so hat sie hier gewaltet. Der Napoleoniden Geschick ist erfüllt — der menschliche Richter geht hier stumm vorüber! Zum zweiten mal also sank unter Afrikas brennender Sonne der Bonapartismus ins Grab!

Großbritannien.

+ London, 23. Juni. Die Zeitungen kommen zum zweiten und dritten mal auf die Unglücksnachricht aus Afrika zurück. „Niemand“, so sagt der Standard, „ist eine traurigere Nachricht hierher gelangt als die vom Tode des Prinzen. Er hat den Soldatenentwurf gefunden. ... Er ist vor einem Leben von Ungewissheit und Enttäuschung bewahrt worden. Die Thatfache, daß er durch die Hand eines wilden Stammes gefallen ist, nimmt seinem Tode nichts von der Auszeichnung. Er war auf Commando. ... Ein Stamm von größerer Unerforschlichkeit und kriegerischem Sinne als der des Ketschwahs ist nie in den Krieg gezogen, und ihm zu begegnen ist eine ebenso gefährliche Waffenthat, als sich mit der besorgsamsten Macht in Europa zu messen. Der kaiserliche Prinz hat erlangt, was sein Vorsatz bei Waterloo, sein Vater bei Sedan nicht finden konnte; er hat seinem Hause durch die Art seines Todes einen neuen Ruhm verliehen. Sein Leben war stedenlos und sein Tod tapfer. ... Kein Jüngling füllte je eine schwierige Stellung mit besserem Takt oder gesünderm Urtheil aus. Kein Hauch von Skandal oder Herabsetzung traf jemals seinen Namen.“

Die Saturday Review sagt: „Der kaiserliche Prinz, jung wie er war, hatte Eigenschaften, die ihm die Achtung des Landes verschafften, das ihm ein Mißgeschick zur Heimat gemacht hatte. Er war fleißig, einsichtig, sanft, bescheiden und in jeder Beziehung liebenswürdig. Hätte er das Glück gehabt, der älteste Sohn eines konstitutionellen Monarchen zu sein, so würde er allgemein als ein vielversprechender und tadelloser Thronerbe angesehen worden sein. Es mag gut für ihn sein, daß ihm das nicht beneidenswerthe Loos erspart worden ist, eine gefährliche Krone auf Kosten eines Bürgerkrieges zu tragen.“

Das liberale Wochenblatt Spectator sagt: „Das Geschick eines Jünglings, der zu so erhabener Zukunft geboren worden, vom Unglück so unbarmherzig verfolgt ward und selbst so tadellos war, betrübt selbst diejenigen Engländer, die eine Verwirklichung seiner Träume als eins der größten Mißgeschicke der Welt angesehen haben würden. Raum ist in der Geschichte oder der Phantasie ein Leben dagewesen, das dem der Kaiserin Eugenie gleich, denn selbst Josephine, die ihr ähnlichste Frau, ward ihrer Kinder nicht beraubt. Sie ist von allen lebenden Frauen das stärkste Beispiel von Unbefähigkeit irdischer Größe und von Eitelkeit menschlicher Erwartungen.“

Der Economist sagt von dem Prinzen: „Er hinterläßt in seinem eigenen Lande ein unbeflecktes Andenken und in dem Lande seiner Adoption einen Namen, dessen dankbar gedacht werden wird.“

Rußland.

Ueber den Diebstahl in der Chersonschen Kentei liegen bis jetzt nachstehende Details vor: „In dem neben dem Kenteigebäude belegenen Komstinschen Hause hatte eine Dame, welche sich Doctorin Nikitin nannte, mit einem Druffkinde und einer Köchin Namens Marie ein Quartier bezogen. Zu derselben sind wiederholt zwei Maurer gekommen, vorgeblich, um das von ihr gemietete Quartier in Stand zu setzen. Sonntags pflegt in der Regel das Gewölbe der Kentei nicht betreten zu werden. Am Montag um 10 Uhr vormittags wurde daher erst der stattgehabte Einbruch entdeckt, das Quartier der Doctorin Nikitin war vollkommen leer, sie selbst mit ihrer Begleitung verschwunden, man fand im Quartier nur Asche von verbrannten Kleidungsstücken. Die Wohnung der Doctorin Nikitin war durch einen aus der Küche derselben führenden unterirdischen Gang von 7 1/2 Faden Länge und etwa 1 Arschin Höhe mit der Kladowaja der Kentei in Verbindung gesetzt worden. Die ausgegrabene Erde war auf den Boden der Nikitin'schen Wohnung geschafft worden. Aus dem mittlern Zimmer der Nikitin'schen Wohnung war, um genügend Luft im unterirdischen Gange zu haben, ein Lustrohr mit

dem Ofen in Verbindung gebracht und in den Gang herabgeleitet worden.“

Königreich Sachsen.

Die 13. öffentliche Plenarsitzung des Sächsischen Landesculturrathes.

Dresden, 24. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung theilte der Vorsitzende Obersekretär v. Meyß mit, daß Geheimrath Professor Dr. Roscher-Leipzig durch Unwohlsein verhindert sei, an den Verhandlungen theilzunehmen, während Professor Richter-Tharand durch den Reichstag in Berlin zurückgehalten werde.

Den ersten Gegenstand der Berathung bildete das landwirtschaftliche Institut an der Universität Leipzig. Referent ist Uhlmann-Görlich bei Mügeln. Der über das Institut gegebene Bericht befaßt unter anderem Folgendes:

Laut Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern wünscht das königliche Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts eine Anstellung des Landesculturrathes darüber zu erhalten, welche Wahrnehmungen über den landwirtschaftlichen Unterricht an der Universität in den landwirtschaftlichen Kreisen gemacht worden sind, und ob und inwieweit nach diesen Wahrnehmungen die Verlegung des höchsten landwirtschaftlichen Unterrichts von der Akademie in Tharand an die Universität den gebügten Erwartungen entsprochen habe.“

Die königliche Verordnung ist veranlaßt durch einen Antrag der letzten Ständeversammlung: „königliche Staatsregierung wolle Erörterungen anstellen und der nächsten Ständeversammlung mittheilen, welche Erfahrungen bei der mit der Universität Leipzig verbundenen Akademie gemacht worden sind“, der begründet wurde durch laut gewordene Klagen über Uebelstände, die an dem landwirtschaftlichen Institut zu existiren schienen und theils aus allgemeinen Umständen und Verhältnissen, theils von Persönlichkeiten herzuweisen seien.

In einem vom Director des landwirtschaftlichen Instituts, Professor Dr. Blomeyer, verfaßten, im Jahre 1872 wieder veröffentlichten Programm wird Aufschluß gegeben über Stellung zur Universität, Aufgabe und Zweck, Studienkreis, Studiengang, Bedingungen der Aufnahme und Dauer des Studiums, und in einer weitem Druckschrift vom Juli 1869 ein Allgemeines Vorlesungsverzeichnis und Rathschläge über den Studiengang für die Studirenden der Landwirtschaft veröffentlicht. Die im Programm aufgenommene Bedingungen der Aufnahme sind nach einem Berichte des Institutsdirectors an das königliche Cultusministerium in neuerer Zeit insoweit beschränkt worden, daß von jedem deutschen Reichsangehörigen die Freiwilligenberechtigung verlangt wird.

Eine auch hier zu erwähnende Einrichtung ist das durch Ministerialverordnung vom 17. Aug. 1869 eingeführte landwirtschaftliche Examen, um Gelegenheit zu bieten, daß die Studirenden bei Beendigung ihrer Studien zeigen können, daß sie dieselben mit Erfolg betrieben haben. Es ist darauf Werth zu legen, weil seit mehreren Jahren in Preußen damit die Befähigung verbunden ist, Oberlehrer an einer landwirtschaftlichen Mittelschule zu werden, Anstalten, die mehr und mehr an Zahl zunehmen und bei denen oft Mangel an guten Lehrkräften für Fachunterricht sich gezeigt hat.

Wenn man die Erfolge nach der Frequenz der Studirenden am landwirtschaftlichen Institut bemessen will, so waren diese folgende. Es studirten

im Sommersemester		im Wintersemester	
1869	37 Landwirthe	1869/70	63 Landwirthe
1870	52	1870/71	39
1871	41	1871/72	78
1872	69	1872/73	88
1873	81	1873/74	111
1874	90	1874/75	119
1875	89	1875/76	96
1876	70	1876/77	94
1877	74	1877/78	82
1878	63		

666 Landwirthe. 770 Landwirthe.
Die Gesamtzahl der Landwirtschaft Studirenden bis zum Sommer 1878 betrug 598, wovon 136 Sachsen, 318 den andern deutschen Staaten und 144 dem Auslande angehörten; im Wintersemester 1878/79 sind 43 Studirende neu eingetreten.

In Bezug auf die Frequenz hat das landwirtschaftliche Institut zu Leipzig unter den bestehenden 13 höhern landwirtschaftlichen Instituten Deutschlands seit 1872/73 fast immer den zweiten Platz eingenommen.

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution lautet:

- Der Landesculturrath wolle erklären:
- 1) Die seinerzeit erfolgte Verlegung der Akademie zu Tharand nach Leipzig als landwirtschaftliches Institut in enger Verbindung mit der Universität ist berechtigt gewesen.
 - 2) Zur Aufnahme in das Institut ist von deutschen Reichsangehörigen mindestens das Reifezeugniß für den einjährig-freiwilligen Dienst zu verlangen.
 - 3) Die Organisation des Institutes erkennt der Landesculturrath im ganzen und großen als zweckmäßig an, hält jedoch die Vorlesungen „über wichtige Tagesfragen“ für dem Zwecke des Institutes nicht entsprechend und für geeignet, große Unzuträglichkeiten herbeizuführen.
 - 4) Die Anstellung eines Culturrevisors, sobald eine passende Kraft sich findet, ist zweckmäßig, etwaige andere Lücken in den Lehrgegenständen sind aber zunächst thunlichst mittels gegenseitiger Ergänzung durch die nur am landwirtschaftlichen Institut thätigen Lehrkräfte auszufüllen.

Der Referent wies in seinen Erläuterungen darauf hin, daß seinerzeit die Landtagsdeputation besonderes Gewicht darauf gelegt hätte, daß man es bei den früheren Aufnahmebedingungen in der gedachten Anstalt weniger streng genommen habe, theils um den in Plagwitz bei Leipzig befindlichen Studirenden die Möglichkeit der Aufnahme auf der Universität zu bieten, theils um einen bestimmten Zuhörerkreis zu schaf-

Schützenhaus — Leipzig.

Vom 1. Juli er. ab nur auf ganz kurze Zeit Gastspiel des Kaiserlichen
Joseph Gungl,
 1. Kapellmeister aus Wien.
 Derselbe wird die verstärkten Hauscapellen wöchentlich 4—5 mal dirigiren und
 in seinen Compositionen selbst mitspielen.
 Im **Triangergarten:** Concert der Capelle des 106. Infanterie-
 Regiments unter Leitung des Königl. Kapellmeisters Herrn W. Berndt.
 Entrée à Person 1 Mt. Anfang 1/8 Uhr. [1325]
R. Kühnrich.

Ausstellung
 des Gemäldes von Hans Makart.
 „Einzug Carl's V. in Antwerpen“,
 im grossen Saale der Buchhändler-Börse.
 Täglich geöffnet von 9 bis 5 Uhr.
 Eintrittspreis 50 S. Abonnements-Karten à 3 M. [1266]

Landes-Gewerbe-Ausstellung
 des Grossherzogthums Hessen pro 1879
 in Offenbach am Main
 unter dem Protectorat Sr. K. Hoheit d. Grossherzogs v. Hessen.
Eröffnung am 2. Juli 1879.
 Ausstellung gewerblicher und kunstgewerblicher Gegenstände, Maschinen
 etc. sowie Kunstwerke und Alterthümer aus den berühmtesten Samm-
 lungen des Grossherzogthums.
 Wegen Bezug des officiellen Katalogs und Annoncen in dem Inseraten-
 anhang wende man sich an G. L. Daube & Co. in Frankfurt a. M. [1338]

Hydraulische Pressen [175]
 neuester Construction liefert unter Garantie billigen Preisen die Maschinenbauanstalt und
 Eisengießerei
 von **Moritz Jahr** in Gera.

Die
Berliner Börsen-Zeitung,
 in ihrer Abend-Ausgabe das umfang- und inhaltreichste, sowie das bei Weitem ver-
 breiteteste finanzielle Fachblatt Deutschlands und in ihrer Morgenausgabe eine politische
 Zeitung im weitesten Sinne des Wortes, erscheint auch fernerhin unverändert wie bis-
 her. Der Reichthum ihres Inhalts und die Präcision ihrer Nachrichten sind so be-
 kannt, dass wir es uns versagen können, zu ihrer Empfehlung noch etwas hinzu-
 zufügen. Den zahlreichen tabellarischen Zusammenstellungen sind seit dem letzten Quar-
 tale zwei neue hinzugesetzt, nämlich vollständige Restantenlisten als Ergänzung der regel-
 mässigen Verloosungs-Tabellen und wöchentlich wiederkehrende Zusammenstellungen
 aller ausgeschriebenen Submissionen.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten an, in Berlin alle Zeitungs-Spediteure und
 Stadtpostämter, sowie die unterzeichnete Expedition der
„Berliner Börsen-Zeitung“,
 Berlin W., Kronen-Strasse No. 37. [1329—30]

ASTHMA und CATARRHE [3001—3021]
 Cigarettes Espic
 Depot in allen Apotheken.

Leipziger Tageskalender
 vom 26. Juni.

Eisenbahnfahrten.
Baierischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Gera. Abf. Leipzig 4, 10, 16, 22, 28, 34, 40, 46, 52, 58, 64, 70, 76, 82, 88, 94, 100, 106, 112, 118, 124, 130, 136, 142, 148, 154, 160, 166, 172, 178, 184, 190, 196, 202, 208, 214, 220, 226, 232, 238, 244, 250, 256, 262, 268, 274, 280, 286, 292, 298, 304, 310, 316, 322, 328, 334, 340, 346, 352, 358, 364, 370, 376, 382, 388, 394, 400, 406, 412, 418, 424, 430, 436, 442, 448, 454, 460, 466, 472, 478, 484, 490, 496, 502, 508, 514, 520, 526, 532, 538, 544, 550, 556, 562, 568, 574, 580, 586, 592, 598, 604, 610, 616, 622, 628, 634, 640, 646, 652, 658, 664, 670, 676, 682, 688, 694, 700, 706, 712, 718, 724, 730, 736, 742, 748, 754, 760, 766, 772, 778, 784, 790, 796, 802, 808, 814, 820, 826, 832, 838, 844, 850, 856, 862, 868, 874, 880, 886, 892, 898, 904, 910, 916, 922, 928, 934, 940, 946, 952, 958, 964, 970, 976, 982, 988, 994, 1000.
Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Gera. Abf. Leipzig 4, 10, 16, 22, 28, 34, 40, 46, 52, 58, 64, 70, 76, 82, 88, 94, 100, 106, 112, 118, 124, 130, 136, 142, 148, 154, 160, 166, 172, 178, 184, 190, 196, 202, 208, 214, 220, 226, 232, 238, 244, 250, 256, 262, 268, 274, 280, 286, 292, 298, 304, 310, 316, 322, 328, 334, 340, 346, 352, 358, 364, 370, 376, 382, 388, 394, 400, 406, 412, 418, 424, 430, 436, 442, 448, 454, 460, 466, 472, 478, 484, 490, 496, 502, 508, 514, 520, 526, 532, 538, 544, 550, 556, 562, 568, 574, 580, 586, 592, 598, 604, 610, 616, 622, 628, 634, 640, 646, 652, 658, 664, 670, 676, 682, 688, 694, 700, 706, 712, 718, 724, 730, 736, 742, 748, 754, 760, 766, 772, 778, 784, 790, 796, 802, 808, 814, 820, 826, 832, 838, 844, 850, 856, 862, 868, 874, 880, 886, 892, 898, 904, 910, 916, 922, 928, 934, 940, 946, 952, 958, 964, 970, 976, 982, 988, 994, 1000.
Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Gera. Abf. Leipzig 4, 10, 16, 22, 28, 34, 40, 46, 52, 58, 64, 70, 76, 82, 88, 94, 100, 106, 112, 118, 124, 130, 136, 142, 148, 154, 160, 166, 172, 178, 184, 190, 196, 202, 208, 214, 220, 226, 232, 238, 244, 250, 256, 262, 268, 274, 280, 286, 292, 298, 304, 310, 316, 322, 328, 334, 340, 346, 352, 358, 364, 370, 376, 382, 388, 394, 400, 406, 412, 418, 424, 430, 436, 442, 448, 454, 460, 466, 472, 478, 484, 490, 496, 502, 508, 514, 520, 526, 532, 538, 544, 550, 556, 562, 568, 574, 580, 586, 592, 598, 604, 610, 616, 622, 628, 634, 640, 646, 652, 658, 664, 670, 676, 682, 688, 694, 700, 706, 712, 718, 724, 730, 736, 742, 748, 754, 760, 766, 772, 778, 784, 790, 796, 802, 808, 814, 820, 826, 832, 838, 844, 850, 856, 862, 868, 874, 880, 886, 892, 898, 904, 910, 916, 922, 928, 934, 940, 946, 952, 958, 964, 970, 976, 982, 988, 994, 1000.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Diebemann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

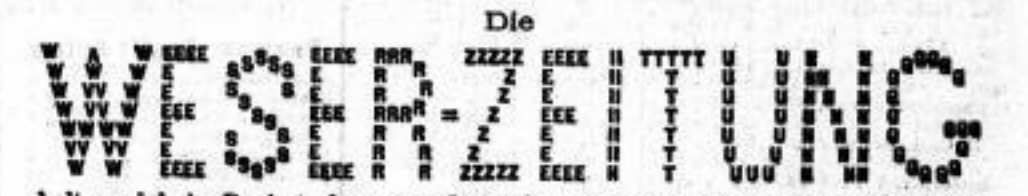
Abonnements-Einladung.

Am 5. Juli d. J. erscheint in Dresden die erste Nummer von

Sächsischer Volksfreund.

Conservatives Wochenblatt. Organ der conf. Vereine Sachsens.
 Herausgegeben unter Mitwirkung von Dr. J. Conhen, Gerichtsrath v. Mangelst, Kreis-
 secretär Müllers, Handelsamtsrath Dr. Köpfer, Oberstaatsanw. Puppelt, Adv. Stegmann,
 Prof. Dr. Straumer, Frhr. v. Ungern-Hersternberg, Dr. Wenzig, Docent am Kgl. Polytechn.,
 Reg.-Rath Wittgenstein u. vieler anderer bewährter conservativer Kräfte.
 Politische Wochenübersichten; Kurze, prägnante Leitartikel über schwebende
 Tagesfragen; Vorzügliches Feuilleton: Original-Romane, Novellen,
 Reisebeschreibungen u. c. Ausführlich behandelte Vereinsnachrichten;
 Kurze Landtags- und Reichstagsberichte; Originalcorrespondenzen und
 Nachrichten localer Natur; Uebersichten über Kunst und Musik; Börsen-
 notizen, Marktberichte, Getreide- u. Preise; Volk- und Landwirth-
 schaftliches u. c.

Inhalt:
 Preis vierteljährlich nur 1 Mk. incl. Postgebühr.
 Wöchentlich 1—2 Bogen groß Quart. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen an.
 Inserate à Spalte nur 10 Pf. finden große Verbreitung.
 Probenummern gratis und franco.
 Dresden, im Juni 1879.
 [1326] Julius Reichel, Verleger des „Sächsischen Volksfreund“.



halten wir beim Beginne des neuen Quartals zum Abonnement bestens empfohlen.
 Die „Weiser-Zeitung“ ist seit ihrer Begründung dem Principe politischer
 und wirtschaftlicher Freiheit ohne Schwanken treu geblieben und in der
 gegenwärtigen handelspolitischen Krisis hat sie mit allem Nachdrucke die gesunde
 wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage des Freihandels vertheidigt.
 Sowohl durch ihre Leitartikel, welche sich in weitesten Kreisen der
 Anerkennung erfreuen, wie durch die vorurtheilsfreie Besprechung literarischer
 Erzeugnisse und durch mannichfaltige Feuilletonartikel, durch gute Auswahl
 der Nachrichten, durch ihre Correspondenzen und Telegramme hat sich die
 „Weiser-Zeitung“ stets einen hervorragenden Platz in der deutschen Presse
 zu sichern gewusst.
 Ganz besondere Aufmerksamkeit wird den Schiffsahrts- und Handels-
 nachrichten, namentlich dem Waarenmarkte geschenkt.
 Die Zeitung erscheint 3 mal täglich, Morgens, Mittags und bringt Abends
 in einer kleineren Ausgabe die eingelaufenen Telegramme, sowie die neuesten
 Börsenberichte. Abonnementspreis bei allen Postanstalten 40 Pf. Quartal.

Inserate
 finden speciell in gebildeten Kreisen des Publikums wirksamste Verbreitung
 und werden mit 25 S. pr. Zeile berechnet.
 Bremen. Die Expedition.

Carola-Theater
 unter Direction von Julius Hofmann.
 Donnerstag, 26. Juni. Vorstellung im
 Abonnement. Zum letzten male (auf viel-
 fachen Wunsch): Der Barbier von Sevilla.
 Komische Oper in 2 Acten von Rossini.
 Freitag, 27. Juni. Vorstellung im Abon-
 nement. Zum letzten male: Fidelio. Oper
 in 2 Acten von Beethoven.
 Tagesbilletverkauf Vormittags von 10 bis
 1 Uhr, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Nico-
 laistr. 1 Parterre.
 Abends 6 Uhr im Carola-Theater.

Biblioteken:
 Universitäts-Bibliothek 11—1 Uhr. Das
 Lesezimmer geöffnet von 10—1 Uhr.
Städtisches Museum (Entrée 50 S.),
 10—3 Uhr.
Museum für Völkerverkunde, Grimm, Stein-
 weg Nr. 46. Sonntags, Dienstags und
 Donnerstags 11—1 Uhr.
**Kunst-Gewerbe-Museum und Vorkü-
 derausstellung für Kunstgewerbe**, Tho-
 masdorferhof 20, Sonnt. 10 bis 1, Mont.,
 Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr Mittags
 unentgeltlich geöffnet. Unentgeltl. Aus-
 leihung und Entgegennahme von Aufträgen
 auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgem.
 Arbeiten an allen Wochentagen Mittags
 1/2—1/4 Uhr.
Telegraphenanstalten:
 1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununter-
 brochenem Dienst bei Tag und Nacht)
 Kleine Fleischergasse 5.
 2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Rasch-
 markt (geöffnet v. 11 U. B.—3/4 U. Nachm.)
 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuaplatz.
 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnhof.
 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Baierischen Bahnhof.
 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.

Familien-Nachrichten.
Verlobt: Dr. Otto Hildebrandt in Leip-
 zig mit Fräulein Alma Quackmalz in Throna.
Dr. Bruno Lange in Werbau mit Fräulein
 Klara Wendel in Stühlgren.
Dr. Bahnhofsrestaurateur Oswald Kuffig in
 Groß-Boitzberg mit Fräulein Selma Müller
 in Freiberg.
**Dr. Kaufmann Gustav Wul-
 fisch** in Dresden mit Fräulein Helene Gramer
 in Plauen i. V.
Vertraut: Dr. Gustav Gerth in Gohnditz
 mit Fräulein Elise Bernhards aus Ronneburg.
Geboren: Dr. August Burckhardt in
 Leipzig ein Sohn. — Dr. Rathreferendat
 Dr. Cichorin in Leipzig ein Sohn. — Dr.
 Otto Hartwig in Reichenhain-Leipzig ein
 Sohn.
Gestorben: Dr. Rudolf Adolf Gassert,
 aus Leipzig, in Mühlhausen in Thüringen.
 — Dr. Friedrich Karl Köpcke in Leipzig.
 — Frau Marie Ortel, geb. Franz, in
 Leipzig. — Frau Auguste verw. Pochhammer,
 geb. Gräfe, in Friedrichroda. — Dr.
 Carl Friedrich Schumacher in Lengsfeld.
 — Frau Henriette Tiedge, geb. Böhme, in
 Reudnitz.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Diebemann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.